

## 9 ANHANG

A1	Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses seit Erscheinen des letzten Berichts .....	117
A2	Fiskalindikatoren laut Maastricht 1995 bis 2012: Finanzierungssaldo, Verschuldung, Zinsaufwand, Primärsaldo, Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates .....	125
A3	Bereinigte Finanzschuld und Nettodefizit des Bundes 1965 bis 2011 .....	127
A4	Zinsen und Tilgungen für die Finanzschuld des Bundes 1970 bis 2012 .....	128
A5	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen: Stand und Anteile 1970 bis 2011 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1995 bis 2011 .....	130
A6	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen: Stand und Anteile 1980 bis 2011 sowie Fremdwährungsschuld im engeren Sinn 2001 bis 2011 .....	136
A7	Finanzschuld i. e. S. und Cross-Currency-Swaps nach Schuldformen 2011 .....	140
A8	Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften 2005 bis 2011 .....	141
A9	Finanzschuld der Länder (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2001 bis 2010) .....	142
A10	Finanzschuld der Gemeinden (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2001 bis 2010) .....	143
A11	Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 2002 bis 2011 .....	144
A12	Glossar .....	147



# A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUS- SCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTS

## Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012 vom Juli 2012

---

### Rahmenbedingungen

Das Wachstum der **Weltwirtschaft** verliert im Jahr 2012 mit 3,5% im Jahresabstand weiter an Dynamik (2011: +3,9%; IWF-Prognose). Für diese Entwicklung zeichnen sowohl die anhaltende Schuldenkrise in Europa als auch die nachlassende Konjunktur in mehreren Schwellenländern verantwortlich. Für den **Euroraum**, der durch starke Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist, rechnet die Europäische Kommission (Mai 2012) mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung um 0,3% im Jahr 2012 (2011: +1,5%). Ausschlaggebend dafür sind die schwache Konsumnachfrage und die schwache Investitionstätigkeit des privaten Sektors. Überdies ist von einer Abschwächung der Binnennachfrage durch Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte auszugehen. Von den Nettoexporten wird ein positiver Wachstumsbeitrag erwartet. Es bestehen aber Abwärtsrisiken durch die negativen Wechselwirkungen zwischen den sich verschärfenden Staatsschuldenkrisen, dem Finanzsektor und der Realwirtschaft.

Im Gegensatz zum Euroraum ist in **Österreich** für das Jahr 2012 nur von einer Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik auf unter 1,0% im Jahresabstand auszugehen (2011: +3,0%). Die relativ robuste Konjunktur Österreichs wird 2012 durch die Inlandsnachfrage geprägt: Der private Konsum profitiert von der hohen Beschäftigung und vom Anstieg des real verfügbaren Haushaltseinkommens. Der Investitionszyklus hält im laufenden Jahr, wenn auch abgeschwächt, an. Während sich die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr verlangsamen wird, erholen sich die Wohnbauinvestitionen etwas. Die Nettoexporte werden 2012 durch die Abschwächung der Exportnachfrage nur geringfügig zum Wachstum beitragen.

Der **österreichische Arbeitsmarkt** ist im Jahr 2012 von einem hohen Beschäftigungswachstum und einer leicht zunehmenden Arbeitslosigkeit geprägt: Die durchschnittliche Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten von Jänner bis Juni nahm im Jahresabstand um 55.000 Personen zu. Gleichzeitig stieg im selben Zeitraum auch die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rund 12.000 Personen, jene der Schulungsteilnehmer um rund 1.000 Personen. Die Arbeitslosenquote Österreichs wird sich gemäß Europäischer Kommission von 4,2% (2011) auf 4,3% (2012) erhöhen, aber die geringste in der EU bleiben.

Bei den **öffentlichen Haushalten** in **Österreich** wurde mit dem Jahr 2011 ein **Konsolidierungskurs** eingeleitet, der eine Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter den EU-Referenzwert von 3% des BIP bis zum Jahr 2013, einen weitestgehend **ausgeglichenen Staatshaushalt** bis zum Jahr 2016 und in den Folgejahren sowie eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote im Jahr 2014 sicherstellen soll. Das gesamtstaatliche Defizit Österreichs wird im Jahr 2012 – gemäß aktuellem Österreichischen Stabilitätsprogramm (April 2012) – von 2,6% des BIP im Vorjahr auf 3,0% des BIP ansteigen. Dieser Anstieg ist auf Sondermaßnahmen (Bankenrekapitalisierungen) zurückzuführen. Auch die Staatsverschuldung wird sich nach offiziellen Angaben von 72,2% des BIP Ende 2011 auf 74,7% des BIP Ende 2012 (Stock-Flow-Adjustments: EFSF: 4,5 Mrd EUR, ESM: 0,9 Mrd EUR) erhöhen. Eine strikte Anwendung der numerischen Fiskalregeln der EU würde eine schnellere Konsolidierung als im aktuellen Stabilitätsprogramm bedeuten. Im Euroraum zählt Österreich aber zu den Ländern mit vergleichsweise soliden öffentlichen Finanzen.

Die **geplanten Maßnahmen** und **Ziele** zur **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte in Österreich wurden im „Stabilitätspaket für die Jahre 2012–2016“ der Bundesregierung, in einem „Paket zur Gegen-

finanzierung von Stabilisierungsmaßnahmen für den Bankensektor“ sowie im neuen Österreichischen Stabilitätspakt 2012 festgelegt. Sie enthalten **einnahmen- und ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen** (z. B. Besteuerung von Gewinnen bei Immobilienveräußerungen, Finanztransaktionssteuer, steuerliche Abgeltungsvereinbarung mit der Schweiz, Beschränkung des Vorsteuerabzugs bei der Umsatzsteuer, niedrige Gehalts- und Pensionsabschlüsse, Strukturreformen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters etc.) sowie „**Offensivmaßnahmen**“ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, wie z. B. im Bereich der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Langzeitpflege.

Das **mittelfristige Budgetziel** eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wurde durch die **Einführung der Schuldenbremse** in Form des **neuen Österreichischen Stabilitätspakts 2012**, welcher rückwirkend ab Anfang 2012 in Kraft treten soll, verankert. Die Schuldenbremse sieht ein strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab dem Jahr 2017 (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP), das Wirkenlassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen und einen wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzliche, nicht diskretionäre Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP erlaubt, vor. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung erfolgte bislang nicht.

Der Nationalrat beschloss am 4. Juli 2012 die rechtliche Verankerung des „**Fiskalpakts**“ in Österreich als Teil der neuen **wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU**. Die Ratifizierung des Fiskalpakts ist Voraussetzung für die **Inanspruchnahme des dauerhaften Euro-Schutzschirms (ESM)** und verpflichtet die Vertragspartner, **wichtige Aspekte für die Gewährleistung einer soliden Budgetpolitik in nationalem Recht** - „vorzugweise mit **Verfassungsrang**, oder deren vollständige Einhaltung und Befolgung **im gesamten nationalen Haushaltsverfahren** auf andere Weise **garantiert** ist“ - zu verankern. Damit wird die **Überleitung wesentlicher Elemente des SWP in nationales Recht** gewährleistet und eine **strikte Umsetzung der EU-Vorgaben auf nationaler Ebene rechtlich** verpflichtend.

## **Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses**

Der **Staatsschuldenausschuss empfiehlt** unter den EU-Vorgaben und den derzeit zu erwarteten ökonomischen Rahmenbedingungen **für 2012 Folgendes**:

- Den im Mai 2012 mit den Gebietskörperschaften vereinbarten **Österreichischen Stabilitätspakt 2012 rechtlich zu verankern** und den wachstumsschonenden **Konsolidierungskurs** für das **Jahr 2012** und in den Folgejahren auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen konsequent **einzuhalten**. In konjunkturellen Schwächephasen soll das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren gewährleistet bleiben.
- Die sich für Österreich durch den „Fiskalpakt“ ergebenden Verpflichtungen konsequent umzusetzen.
- In den nächsten Jahren der **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte **Vorrang** zu geben und bei allfälligen Einnahmen mindernden Maßnahmen (**insbesondere Steuerreformen**) Ausgabenkürzungen zur Gegenfinanzierung vorzusehen.
- Den anzustrebenden **Mix aus Konsolidierungs- und Wachstumspolitik** im Sinn der diesbezüglichen Beschlüsse des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 2012 weiter zu verfolgen. Zusätzliches **langfristiges Wachstum** kann durch ein Umsetzen von **Strukturreformen** (z. B. öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Förderwesen, Pensionen, öffentlicher Nahverkehr) und **wachstumsfördernden Prioritätensetzungen** in oft analogen Bereichen (z. B. Bildung, Förderwesen, Klimaschutz, Gesundheit, Pensionen, öffentlicher Nahverkehr) generiert werden, das im Wesentlichen durch Umschichtungen finanziert werden sollte. Seitens der EU liegen länderspezifische Empfehlungen für Strukturreformen vor (Zielvorgaben im Rahmen des Europa 2020-Prozesses), die in Österreich entschlossen angegangen werden sollten. Für eine nachhaltige Rückführung der Schuldenquote ist ein effizienter und effektiver Einsatz der umfangreichen öffentlichen Mittel (Ausgabenvolumen des Staates 2011: 152 Mrd EUR oder 50% des BIP) wichtig. Eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60% des BIP wird durch solide öffentliche Finanzen mit Budgetdefiziten in der Nähe von null und ausreichendes Wirtschaftswachstum über viele Jahre ermöglicht.

- Die laufende **Beobachtung des Budgetvollzugs** und sonstiger budgetrelevanter Entwicklungen (z. B. Haftungen) **aller öffentlichen Haushalte** durch **standardisierte Prozesse** zu forcieren, um **Abweichungen** von den Voranschlägen und den mittelfristigen Plänen **möglichst rasch zu erkennen** und im Bedarfsfall geeignete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Hinsichtlich diesbezüglicher Mechanismen wird auf den **Österreichischen Stabilitätspakt 2012** verwiesen. Gemäß den EU-Vorgaben ist auch in Österreich ein „**Fiskalrat**“ (unabhängiges Gremium) zu etablieren, der einen wichtigen Beitrag zur Transparenz liefern soll. Dabei ist auch die Verbesserung der Datenverfügbarkeit und -aktualität der verschiedenen staatlichen Ebenen in Österreich von erheblicher Bedeutung.
- Die Rolle der **Gemeindeaufsicht bei kommunalen Ausgliederungen** zu stärken und **Risikoanalysen, Beratungsangebote** sowie (strategisches) **Beteiligungscontrolling** zu forcieren. Bei allen Ausgliederungsformen (Gründung von Unternehmen, Betreibergesellschaften, Public-Private-Partnership-Projekte, Leasing) entstehen neue Risiken (komplexe Vertragskonstruktionen, fehlende Durchgriffsrechte etc.), die an eine umfassende Beratung der Gemeindeaufsichtsbehörden und transparente Bedingungen mit Genehmigungsvorbehalten geknüpft werden sollten. Bei „Quasi-Ausgliederungen“ ohne Wettbewerb sollten Vor- und Nachteile der Ausgliederung hinterfragt und eine Rückführung der Aufgaben in interne Dienststellen der Gemeinde („Re-Kommunalisierung“) in Betracht gezogen werden.
- Die **Datenverfügbarkeit von staatsnahen Einrichtungen** (Unternehmen, Verbände, Fonds, Verwaltungsgemeinschaften etc.) in Österreich deutlich zu verbessern. Die durch mehrere Studien belegte ökonomische Bedeutung der staatsnahen Unternehmen als Bereitsteller von Infrastruktur in Österreich sowie die neuen Transparenzvorgaben der EU sind Anlass, **statistische Meldepflichten im staatsnahen Bereich zu erweitern und zu harmonisieren**. Eine systematische Erfassung des außerbudgetären Bereichs durch die amtliche Statistik ermöglicht, potenzielle Risiken von Ausgliederungen leichter zu erkennen. Geplante Änderungen in der **Gebarungsstatistikverordnung** sollten nicht nur EU-Vorgaben umsetzen, sondern auch **nationale Zusatzanforderungen** beachten.
- Das **Risikomanagement** (die Risikoidentifikation, -steuerung und -kontrolle) bei **Finanzgeschäften** auch im **Gemeindebereich (einschließlich staatsnaher Organisationen)** zu stärken und einer **risikoarmen, mittelfristig ausgerichteten Finanzierungsstrategie** sowie einer risikoarmen **Veranlagungsstrategie** auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen den Vorzug zu geben. Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten und das gegenwärtig niedrige Zinsniveau sprechen für Maßnahmen zur **Vermeidung der Konzentration von hohen Refinanzierungsvolumina**, für Maßnahmen zur wirksamen Steuerung von Eventualrisiken sowie für vorrangig **langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung**.
- Auf **europäischer Ebene** dazu beizutragen, die **notwendigen Maßnahmen** für eine Lösung der Staatsschuldenkrise **rasch zu ergreifen**, da alle Länder des Euroraums – auch Österreich – von dem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum erheblich profitieren:
  - Dabei müssen die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen für eine Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung sowie die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzmärkten und Banken einander erfolgreich ergänzen. Der Staatsschuldenausschuss **warn**t jedenfalls vor einem **isolierten Vorgehen**, das falsche Anreize (z. B. „Trittbrettfahren“) in der WWU verstärken würde.
  - Im Rahmen der **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** ist es notwendig, **Budgetdisziplin** zu etablieren, das Ausgabenwachstum zu begrenzen, die Steuerdisziplin zu forcieren, die Budgetplanung ebenso wie Kontroll- und Koordinationsmechanismen zu verbessern und höhere Transparenz bei der Budgetgebarung zu erreichen, dabei aber auch die Wirksamkeit der **automatischen Stabilisatoren** der öffentlichen Haushalte zu gewährleisten. Eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung stellt eine wichtige Komponente für das Gelingen der Rückführung der Staatsschulden dar. **Kurzfristig** können dabei vor allem in den Krisenländern wichtige Impulse von der **Förderung von Investitionsprojekten** und von der **EU ko-finanzierte Maßnahmen** zur Bekämpfung der hohen **Jugendarbeitslosigkeit** ausgehen, welche von **tiefgreifenden strukturellen Reformen** begleitet werden müssen. **Gleichzeitig**

gilt es, das hohe **Wachstumspotenzial** der europäischen Wirtschaft etwa durch Investitionen in Bildung, Forschung, Klimaschutz und Gesundheit weiter zu stärken und es voll auszuschöpfen. Angesichts der ungünstigen Lage der Staatsfinanzen muss dies **unter der Vermeidung einer Ausweitung der Schuldenquote** erreicht werden.

- Zum Zweck der **Stabilisierung von Finanzmärkten und Banken** ist es notwendig, einen adäquaten **Regulierungsrahmen** für alle Finanzmarktteilnehmer zu schaffen und ein harmonisiertes **Bankeninsolvenzrecht** zu etablieren. Die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** kann – auch wenn sie zunächst nur von einem qualifizierten Kreis von Ländern des Euroraums vorgenommen wird – einen Konsolidierungsbeitrag leisten.

## **Exkurs: Neuer fiskalischer Rechtsrahmen der Europäischen Union**

Im Einzelnen gelten, sofern nicht Ausnahmeregelungen (außergewöhnliche Ereignisse wie z. B. Naturkatastrophen, schwerwiegender Konjunkturabschwung) anzuwenden sind, folgende EU-Vorgaben für Österreich:

- So lange der strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht, muss **die strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen. Zusätzlich wird ein genauer Zeitplan für den Anpassungspfad durch die Europäische Kommission erstellt. Gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm liegt die durchschnittliche strukturelle Anpassung zwischen 2011 und 2016 bei 0,4% des BIP p. a.
- Österreich unterliegt seit 2009 einem Verfahren wegen eines „**übermäßigen Defizits**“ (ÜD-Verfahren), das gemäß den Ratsempfehlungen (Dezember 2009)
  - eine Rückführung der Defizitquote auf **unter 3% des BIP bis 2013**,
  - eine durchschnittliche, jährliche **Defizitreduktion (strukturell) von 0,75% des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und
  - eine rückläufige Schuldenquote verlangt.
- Nach den **aktuellen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union** (Juni 2012) soll Österreich den **Haushalt 2012 wie geplant** und die **Haushaltsstrategie für das Jahr 2013 und darüber hinaus verstärkt und strikt umsetzen**, um die Erreichung der durchschnittlichen jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung sicherzustellen, die vor dem **Hintergrund des ÜD-Verfahrens** (durchschnittliche strukturelle Anpassung von 0,75% des BIP p. a. von 2011 bis 2013) festgelegt wurde.
- Der jährliche (reale) **Ausgabenwuchs des Staates** darf die **mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Bei Überschreitung der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP ist der Ausgabenwuchs stärker zu dämpfen. Für Österreich beträgt dieser Abschlag in etwa einen Prozentpunkt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass sich der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren (Jahre t-1 bis t-3) oder auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission (No-Policy-Change-Annahmen; Jahre t-1, t und t+1) um durchschnittlich **5% pro Jahr verringert**. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Der Übergangszeitraum muss so gestaltet sein, dass eine Einhaltung der Schuldenregel am Ende der Übergangsperiode sichergestellt wird. Österreich erfüllt mit einer Rückführung der Schuldenquote von 74,6% des BIP (2014) auf 70,6% des BIP (2016) gemäß Stabilitätsprogramm die Kriterien der Schuldenregel (Benchmark laut Schuldenregel 2016: 72,3% des BIP).
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher

Einheiten), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.

- Eine **Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** auf Basis des „**Fiskalpakts**“ (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU). Darunter fällt, dass die EU-Vorgabe eines strukturell ausgeglichenen Haushalts (Untergrenze von  $-0,5\%$  des BIP) durch die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und dauerhaft auf nationaler Ebene implementiert werden soll. Zudem müssen die Mitgliedstaaten einen **automatischen Korrekturmechanismus** einrichten.

## **Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012 vom Dezember 2011**

---

### **Rahmenbedingungen**

Für das Jahr 2012 ist weltweit mit einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur zu rechnen: Im **Euroraum** werden die Konsum- und Investitionsbereitschaft durch die Staatsschuldenkrisen, veränderte Bonitätseinschätzungen und die Anspannungen auf den Finanzmärkten sowie durch die zunehmende Verunsicherung der Wirtschaftsakteure gedämpft. Als Folge der nachlassenden Dynamik der Weltwirtschaft geht zudem die Exportnachfrage zurück. Ferner ist von einer Abschwächung der Binnennachfrage durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor dem Hintergrund der Schuldenkrise auszugehen. Die Europäische Kommission rechnet im Jahr 2012 für den Euroraum mit einem Wachstum des realen BIP von nur noch  $0,5\%$  (2011:  $+1,5\%$ ). Es bestehen Abwärtsrisiken durch die negativen Wechselwirkungen zwischen den sich verschärfenden Staatsschuldenkrisen, den Refinanzierungsschwierigkeiten und höheren Eigenkapitalanforderungen der Banken sowie der weltweit nachlassenden Wachstumsdynamik.

Das angespannte internationale Umfeld wirkt sich auf **Österreich** als kleine offene Volkswirtschaft deutlich aus: Während sich bis Mitte 2011 der rasche Aufschwung nach der Wirtschaftskrise 2009 fortsetzte und im Jahr 2011 ein sehr kräftiges Wirtschaftswachstum von geringfügig über  $3\%$  im Jahresabstand erreicht sein wird, ist für das Jahr 2012 mit einer erheblichen Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik auf unter  $1,0\%$  im Jahresabstand zu rechnen. Im Jahr 2012 wird sich insbesondere die Nachfrage nach heimischen Exportgütern merklich abschwächen. Ferner werden die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren, da die Unternehmen ihre Investitionspläne infolge der getrübbten Wirtschaftsaussichten aufschieben. Der private Konsum wird – unter der Annahme eines geringen Anstiegs der verfügbaren (realen) Haushaltseinkommen und eines erneuten Rückgangs der Sparquote – mit einem moderaten Wachstum zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Der öffentliche Konsum wird angesichts der eingeleiteten Konsolidierung nur geringfügig steigen.

Die rasche und starke Entspannung auf dem **österreichischen Arbeitsmarkt** in den Jahren 2010 und 2011 wird im Jahr 2012 ebenfalls unterbrochen: Im Jahr 2011 wird der Zuwachs der unselbstständig aktiv Beschäftigten bei etwa 60.000 Personen im Vorjahresvergleich liegen und damit einen neuen Höchststand erreichen. Gleichzeitig wird im Jahr 2011 die durchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen um etwa 5.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt damit allerdings noch immer deutlich höher als vor der Krise. Im Jahr 2012 wird sich der Beschäftigungszuwachs deutlich verlangsamen, die Zahl der Arbeitslosen zunehmen und die Arbeitslosenquote von gegenwärtig  $4,2\%$  auf  $4,5\%$  (Europäische Kommission) ansteigen.

Bei den **öffentlichen Haushalten in Österreich** wurde mit dem Jahr 2011 ein Konsolidierungskurs eingeleitet. Dieser soll eine sukzessive Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter den EU-Referenzwert von  $3\%$  des BIP bis zum Jahr 2013, auf  $2,4\%$  des BIP bis 2014 und auf  $2,0\%$  des BIP bis 2015 sowie eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote im Jahr 2014 sicherstellen (Österreichisches Stabilitätsprogramm, April 2011 und Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2012 – 2015). Das gesamtstaatliche Defizit Österreichs wird laut Budgetärer Notifikation von Oktober 2011  $3,6\%$  des BIP im heurigen Jahr erreichen (2010:  $4,4\%$  des BIP). Die Staatsverschuldung wird nach offiziellen Angaben von  $71,8\%$  des BIP Ende 2010 auf  $72,4\%$  des BIP Ende 2011 ansteigen. Der im aktuellen

Stabilitätsprogramm vorgesehene Konsolidierungspfad für Österreich entspricht allerdings nur teilweise den EU-Vorgaben.

Von der Bundesregierung wurde im November 2011 eine Schuldenbremse für Österreich im Ministerrat beschlossen und in weiterer Folge mit den Ländern und Gemeinden zusammen mit einer politischen Vereinbarung akkordiert. Der entsprechende Änderungsvorschlag zum Bundes-Verfassungsgesetz sah Folgendes vor:

- ein strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab dem Jahr 2017 (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP),
- das Wirken lassen von automatischen Stabilisatoren,
- Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen und
- einen wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzlich Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 1,25% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,35% des BIP) erlaubt.

Damit sollte auch eine Rückführung der Schuldenquote auf 60% des BIP bis zum Jahr 2020 sichergestellt werden. Dieser Verfassungsentwurf wurde im Nationalrat mangels Zweidrittelmehrheit nicht verabschiedet. Für den Bund wurde aber am 7. Dezember 2011 rechtlich verankert, dass der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2017 auszugleichen ist (Bundeshaushaltsrecht 2013; § 2 Abs. 4 und § 122 Abs. 6). Diesem Grundsatz wird entsprochen, wenn das strukturelle Defizit des Bundes 0,35% des BIP nicht übersteigt.

Auf EU-Ebene wurde die Implementierung von **nationalen, numerischen Fiskalregeln vorzugsweise im Verfassungsrang bis Ende 2012** bereits im Oktober 2011 von allen Staats- und Regierungschefs der Euroländer zugesichert. Am 9. Dezember 2011 vereinbarten die Euroländer, Staatsverträge abzuschließen („**New Fiscal Compact**“), in denen die **Verankerung von numerischen Fiskalregeln auf nationaler Ebene in Verfassungsrang** oder auf gleichwertiger Ebene festgelegt wird. Diese Regeln müssen das **strukturelle Budgetdefizit des Gesamtstaates** auf maximal 0,5% des BIP auf nationaler Ebene begrenzen und einen **automatischen Korrekturmechanismus bei Defizitüberschreitungen** vorsehen. Die vertragskonforme Umsetzung auf nationaler Ebene wird durch den **Europäischen Gerichtshof** überprüft.

Numerische Fiskalregeln für Österreich tragen auch der EU-Richtlinie über **Mindeststandards für den haushaltspolitischen Rahmen** Rechnung. Diese „Fiskalrahmenrichtlinie“ ist Teil eines Prozesses zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, der zur Vermeidung künftiger Wirtschaft- und Schuldenkrisen gestartet wurde. Aus diesem Prozess ging ein umfangreiches Legislativpaket („**Six-pack**“) hervor, das per 13. Dezember 2011 in Kraft trat und die **Vorgaben** für den **mittelfristigen gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad** verschärfte. Im Einzelnen gelten, sofern nicht Ausnahmeregel (außergewöhnliche Ereignisse wie z. B. Naturkatastrophen, schwerwiegender Konjunkturabschwung) anzuwenden sind, folgende EU-Fiskalregeln für Österreich:

- Solange der strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) von null, welches Österreich seit langem festlegte, nicht erreicht, muss die **strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen. Zusätzlich wird ein genauer Zeitplan für den Anpassungspfad durch die Europäische Kommission erstellt.
- Österreich unterliegt seit 2009 einem Verfahren wegen eines „**übermäßigen Defizits**“ (ÜD-Verfahren), das gemäß den Ratsempfehlungen
  - eine Rückführung der Defizitquote **auf unter 3% des BIP bis 2013**,
  - eine durchschnittliche, jährliche **Defizitreduktion (strukturell) von ¾ Prozent des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und



- eine rückläufige Schuldenquote verlangt.
- Der jährliche **Ausgabenzuwachs des Staates** darf die **mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Bei Überschreitung der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Für Österreich müsste der Ausgabenzuwachs etwas über einen Prozentpunkt unter der Referenzwachstumsrate liegen, sofern keine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen erfolgt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren um durchschnittlich **ein Zwanzigstel** pro Jahr abgenommen hat. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Während des Übergangszeitraums gilt das Schuldenkriterium als erfüllt, wenn der betreffende Mitgliedstaat „genügend Fortschritte im Hinblick auf die Einhaltung“ macht. Für Österreich impliziert dies spätestens ab 2014 – nach Beendigung des ÜD-Verfahrens im Jahr 2013 – eine beschleunigte Rückführung der Schuldenquote (2014: zumindest 73,6% des BIP anstatt 75,1% des BIP gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm).
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher Einheiten), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.

## Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt unter den zuvor skizzierten neuen EU-Vorgaben und den derzeit erwarteten ökonomischen Rahmenbedingungen für 2012 Folgendes:

- Vor dem Hintergrund der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise **bereits im Jahr 2012** einen **Konsolidierungskurs** einzuschlagen. Im Bundesvoranschlag 2012 ist ein Maastricht-Defizit von 2,6% des BIP vorgesehen. Die österreichischen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) erfüllen allerdings die EU-Vorgaben nicht ausreichend, was eine Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen rasch erforderlich macht. Dabei sollten die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren gewährleistet sowie eine prozyklische Budgetpolitik möglichst vermieden werden. Ferner dürfen beste Bonität und niedriges Zinsniveau nicht gefährdet werden, da sie eine wichtige Bedingung für hohe Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum in Österreich darstellen. Die **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte muss in den nächsten Jahren auch Vorrang vor **Steuerreformen** haben, die mit einer Verringerung der Staatseinnahmen einhergehen.
- Den Regierungsentwurf vom 15. November 2011 über eine „**Schuldenbremse für Österreich**“ **rasch in der Verfassung zu verankern**. Dies würde das Vertrauen der Investoren in Bezug auf eine nachhaltig solide Budgetpolitik in Österreich erheblich stärken und gemeinsam mit Maßnahmen zur Begrenzung des Risikos auf den Finanzmärkten die ausgezeichnete Bonität Österreichs absichern. Mit der nationalen Schuldenbremse soll ab 2017 das strukturelle Defizit des Gesamtstaates Österreich mit 0,45% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP) nicht überschritten und die Staatsschuldenquote bis 2020 auf etwa 60% der Wirtschaftsleistung verringert werden. Die „Schuldenbremse für Österreich“ ermöglicht der Politik dennoch **Konjunkturschwankungen** zu glätten und **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen** in konjunkturellen Schwächeperioden zu setzen. Das Konzept sieht ein strukturelles Budgetdefizit von (maximal) 0,45% des BIP, das Wirken lassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen im Sinne der EU-Regeln und einen zeitlich befristeten, später wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzlich Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 1,25% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,35% des BIP) erlaubt, vor. Eine Schuldenbremse mit einem beinahe ausgeglichenen Budget über den Konjunkturzyklus er-

fordert ein Umdenken bei allen Entscheidungsträgern in Österreich in Richtung einer Stabilitätskultur.

- Einen Durchbruch bei der **institutionellen und kompetenzrechtlichen Neuordnung der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung bei den Gebietskörperschaften** („Wer macht was und mit welchen Instrumenten“) durch eine gemeinsame Kraftanstrengung endlich zu erreichen, um zu einer Rückführung des Budgetdefizits auf strukturell 0,45% des BIP nachhaltig beitragen zu können. Die **Dringlichkeit** einer **Staats- und Verwaltungsreform** nimmt durch den Schuldenanstieg des Staates und wegen der schwierigen ökonomischen Lage weiter zu. Eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60% des BIP erfordert solide öffentliche Finanzen mit Budgetdefiziten in der Nähe von null über viele Jahre. Eine maßgebliche Verbesserung der öffentlichen Finanzlage aller gebietskörperschaftlichen Ebenen durch hohe Einnahmenezuwächse infolge einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Substanzielle langfristige Effizienzgewinne, die Budgetumschichtungen in Richtung wachstumsfördernder Ausgabenpositionen ermöglichen, lassen sich ausschließlich erzielen, wenn bestehende Mängel (Doppelgleisigkeiten, Mischfinanzierungen, fehlende Zielorientierung, Inputbetrachtung statt Wirkungsorientierung) im Rahmen einer Verwaltungs-, Bundesstaats- und Finanzausgleichsreform beseitigt werden.
- Den **Anpassungspfad** mit den **erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung der budgetären Zielwerte** („Sixpack“, Schuldenbremse) für Bund, Länder und Gemeinden vor Übermittlung des neuen Stabilitätsprogramms 2011 bis 2015 an die EU festzulegen und in einem **neuen, unbefristeten Österreichischen Stabilitätspakt** sowie im **Bundesfinanzrahmen 2013 bis 2016** rechtlich zu verankern. Dabei ist auch auf die Anforderungen der „EU-Fiskalrahmenrichtlinie“ – insbesondere haushaltsrechtliche Normen (einschließlich Rechnungswesen), mittelfristige Haushaltspläne und deren Konnex zu den jährlichen Budgets und erhöhte Transparenz (öffentliche Berichtspflichten) – Bedacht zu nehmen. Diese Elemente beeinflussen sich gegenseitig und können einander ergänzen. Auch die richtige zeitliche Staffelung der Reformmaßnahmen spielt eine Rolle. Föderale Anliegen und deren Umsetzung stehen jedenfalls nicht im Widerspruch zu einer verstärkten gesamtstaatlichen Ausrichtung.
- Beim **Risikomanagement der öffentlichen Hand** die Risikoidentifikation, -steuerung und -kontrolle auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen zu verstärken und einer risikoarmen, mittelfristig ausgerichteten Finanzierungsstrategie sowie einer risikoarmen Veranlagungsstrategie auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen den Vorzug zu geben. Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten und das niedrige Zinsniveau sprechen für Maßnahmen zur Vermeidung der Konzentration von hohen Refinanzierungsvolumina, für Maßnahmen zur wirksamen Steuerung von Eventualrisiken sowie für vorrangig langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung. In diesem Zusammenhang begrüßt der Staatsschuldenausschuss die Maßnahmen der Finanzmarktaufsicht und der Oesterreichischen Nationalbank zur Begrenzung der Eventualrisiken.
- **Auf europäischer Ebene** dazu beizutragen, die notwendigen Instrumentarien für eine Lösung der Staatsschuldenkrise rasch zu ergreifen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, derzeit nicht regulierte Finanzmarktteilnehmer einzubeziehen und die notwendige Versorgung der Wirtschaft mit Finanzmitteln zu unterstützen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – zumindest auf Euro-Ebene – kann als Beitrag zur Risikobegrenzung angesehen werden. Im Sinne der neuen EU-Vorgaben zur Reduktion der makroökonomischen Ungleichgewichte mögen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Auch sollen Budgetkonsolidierungsschritte der Mitgliedsländer die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ausreichend berücksichtigen. Ferner wäre bei den Verhandlungen um einen mittelfristigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 der EU auf eine Gestaltung hinzuwirken, die den für die Mitgliedstaaten übereingekommenen Prinzipien (z.B. Wachstum und Beschäftigung, Budgetdisziplin) entspricht.

## A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT

### Öffentlicher Finanzierungssaldo nach Sektoren

Jahre	Öffentlicher Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-9.154	-5,2	-752	-0,4	-202	-0,1	-10.109	-5,8
1996	-7.410	-4,1	208	0,1	15	0,0	-7.187	-4,0
1997	-5.024	-2,7	1.404	0,8	293	0,2	-3.327	-1,8
1998	-5.659	-2,9	936	0,5	209	0,1	-4.515	-2,4
1999	-4.893	-2,5	399	0,2	-83	0,0	-4.577	-2,3
2000	-3.521	-1,7	282	0,1	-260	-0,1	-3.499	-1,7
2001	-1.551	-0,7	1.442	0,7	4	0,0	-105	0,0
2002	-2.564	-1,2	1.086	0,5	-86	0,0	-1.565	-0,7
2003	-3.651	-1,6	390	0,2	-129	-0,1	-3.390	-1,5
2004	-10.716	-4,6	477	0,2	-201	-0,1	-10.440	-4,4
2005	-4.544	-1,9	442	0,2	-60	0,0	-4.162	-1,7
2006	-3.769	-1,5	-234	-0,1	-3	0,0	-4.006	-1,5
2007	-2.437	-0,9	319	0,1	-254	-0,1	-2.372	-0,9
2008	-3.025	-1,1	244	0,1	147	0,1	-2.635	-0,9
2009	-8.767	-3,2	-2.766	-1,0	202	0,1	-11.331	-4,1
2010	-9.945	-3,5	-3.462	-1,2	553	0,2	-12.855	-4,5
2011 <sup>2)</sup>	-7.183	-2,4	-1.026	-0,3	379	0,1	-7.830	-2,6
2012 <sup>3)</sup>	-7.697	-2,5	-1.539	-0,5	0	0,0	-9.236	-3,0

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

### Öffentliche Verschuldung nach Sektoren

Jahre	Öffentliche Verschuldung <sup>1)</sup>							
	Bundessektor <sup>2)</sup>		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	101.710	58,2	17.058	9,8	440	0,3	119.208	68,2
1996	104.966	58,1	17.540	9,7	518	0,3	123.024	68,1
1997	106.688	57,9	11.085	6,0	406	0,2	118.179	64,1
1998	112.425	58,6	10.816	5,6	400	0,2	123.641	64,4
1999	121.936	61,2	10.664	5,4	546	0,3	133.146	66,8
2000	126.723	60,8	10.392	5,0	880	0,4	137.995	66,2
2001	129.754	60,6	12.330	5,8	1.029	0,5	143.114	66,8
2002	134.266	60,9	10.474	4,7	1.280	0,6	146.020	66,2
2003	135.782	60,3	9.969	4,4	1.109	0,5	146.859	65,3
2004	139.614	59,5	10.854	4,6	1.402	0,6	151.870	64,7
2005	143.381	58,5	12.281	5,0	1.767	0,7	157.429	64,2
2006	146.146	56,4	13.386	5,2	1.861	0,7	161.393	62,3
2007	149.242	54,5	14.430	5,3	1.352	0,5	165.024	60,2
2008	162.782	57,6	15.977	5,7	1.716	0,6	180.475	63,8
2009	168.974	61,5	19.542	7,1	2.554	0,9	191.069	69,5
2010	179.302	62,6	24.488	8,6	1.951	0,7	205.741	71,9
2011 <sup>3)</sup>	189.378	62,9	26.248	8,7	1.772	0,6	217.399	72,2
2012 <sup>4)</sup>	.	.	.	.	.	.	229.979	74,7

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Seit 1998 inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

3) Vorläufige Daten.

4) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

## A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT (Fortsetzung)

### Finanzierungssaldo, Zinsaufwand und Primärsaldo des Staates

Jahre	Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>		Zinsaufwand <sup>1)</sup>		Primärsaldo <sup>1)</sup>	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-10.109	-5,8	6.961	4,0	-3.148	-1,8
1996	-7.187	-4,0	6.952	3,9	-234	-0,1
1997	-3.327	-1,8	6.634	3,6	3.307	1,8
1998	-4.515	-2,4	6.864	3,6	2.350	1,2
1999	-4.577	-2,3	6.724	3,4	2.148	1,1
2000	-3.499	-1,7	7.173	3,4	3.674	1,8
2001	-105	0,0	7.218	3,4	7.113	3,3
2002	-1.565	-0,7	6.898	3,1	5.333	2,4
2003	-3.390	-1,5	6.594	2,9	3.204	1,4
2004	-10.440	-4,4	6.653	2,8	-3.787	-1,6
2005	-4.162	-1,7	7.062	2,9	2.900	1,2
2006	-4.006	-1,5	7.095	2,7	3.089	1,2
2007	-2.372	-0,9	7.524	2,7	5.152	1,9
2008	-2.635	-0,9	7.315	2,6	4.680	1,7
2009	-11.331	-4,1	7.647	2,8	-3.684	-1,3
2010	-12.855	-4,5	7.598	2,7	-5.257	-1,8
2011 <sup>2)</sup>	-7.830	-2,6	7.762	2,6	-67	-0,0
2012 <sup>3)</sup>	-9.236	-3,0	8.312	2,7	-924	-0,3

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

### Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates

Jahre	Gesamtausgaben <sup>1) 2)</sup>		Gesamteinnahmen <sup>1)</sup>		Abgaben (mit EU-Beiträgen) <sup>3)</sup>	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	98.428	56,3	88.148	50,4	72.306	41,4
1996	100.863	55,9	93.389	51,7	77.248	42,8
1997	98.560	53,5	94.978	51,5	81.382	44,2
1998	103.074	53,7	98.309	51,2	84.660	44,1
1999	106.445	53,4	101.622	51,0	87.191	43,8
2000	108.287	51,9	104.443	50,1	89.733	43,0
2001	109.874	51,3	109.463	51,1	96.175	44,9
2002	111.751	50,7	109.745	49,8	96.146	43,6
2003	115.470	51,3	111.746	49,7	97.732	43,4
2004	126.173	53,8	115.455	49,2	100.914	43,0
2005	122.585	50,0	118.165	48,2	103.144	42,1
2006	127.293	49,1	122.955	47,5	107.405	41,5
2007	133.180	48,6	130.456	47,6	114.265	41,7
2008	139.494	49,3	136.656	48,3	120.667	42,7
2009	145.360	52,9	133.969	48,7	117.050	42,6
2010	150.588	52,6	137.771	48,1	120.093	42,0
2011 <sup>4)</sup>	152.040	50,5	144.256	47,9	126.347	41,9
2012 <sup>5)</sup>	159.169	51,7	149.933	48,7	131.460	42,7

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus WTV.

2) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (nur Pflichtbeiträge; ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91-D995) einschließlich EU-Eigenmittel.

4) Vorläufige Daten.

5) Österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2012 (BMF) und WIFO.

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: April 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

## A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD<sup>1)</sup> UND NETTODEFIZIT DES BUNDES

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschild <sup>2)</sup>		FW-Schild <sup>3)</sup>		Gesamt		Euroschild <sup>2)</sup>	FW-Schild <sup>3)</sup>	Gesamt	Finanz- schuld	Netto- defizit
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	EUR		
1965	117	7,2	-46	-12,7	70	3,5	1.738	317	2.055	11,5	0,5
1966	122	7,0	-49	-15,5	73	3,5	1.860	267	2.128	10,9	0,4
1967	130	7,0	256	95,6	385	18,1	1.990	523	2.513	12,1	1,9
1968	43	2,2	339	64,9	382	15,2	2.033	863	2.895	13,0	1,8
1969	209	10,3	65	7,5	273	9,4	2.241	927	3.169	13,0	0,7
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,5	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,5	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,3	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	23,5	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	24,8	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	26,3	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	28,3	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	32,4	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	34,8	4,4
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	36,9	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	41,1	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	44,8	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	45,8	4,1
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	45,8	3,6
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,0	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	46,7	3,1
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	46,7	3,1
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	50,6	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,3	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	55,8	4,9
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	56,2	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,2	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	58,2	2,5
1998 <sup>4)</sup>	.	.	.	.	.	.	97.939	13.664	111.603	58,2	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	59,2	2,5
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	57,9	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	56,7	0,7
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	56,2	1,1
2003	4.730	4,4	-1.806	-11,5	2.924	2,4	112.979	13.899	126.878	56,4	1,6
2004	9.460	8,4	-787	-5,7	8.673	6,8	122.439	13.112	135.550	57,8	2,0
2005	7.256	5,9	-1.477	-11,3	5.779	4,3	129.694	11.635	141.329	57,6	1,9
2006	7.252	5,6	-3.316	-28,5	3.936	2,8	136.946	8.319	145.265	56,1	1,7
2007	3.136	2,3	-1.025	-12,3	2.111	1,5	140.082	7.294	147.376	53,8	1,0
2008	14.019	10,0	576	7,9	14.595	9,9	154.102	7.869	161.971	57,3	3,4
2009	9.521	6,2	-2.777	-35,3	6.744	4,2	163.623	5.092	168.715	61,4	2,6
2010	9.291	5,7	-1.236	-24,3	8.055	4,8	172.914	3.856	176.770	61,8	2,7
2011	7.637	4,4	-1.232	-31,9	6.405	3,6	180.551	2.624	183.176	60,8	1,4

1) Unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993, der Währungstauschverträge seit 1989 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

4) Rückrechnung.

## A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

### Aufwand für die Finanzschuld<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Euroschuld <sup>2)</sup>					Aufwand für die Fremdwährungsschuld				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>3)</sup>	Summe	Tilgung	Summe Euroschuld	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>3)</sup>	Summe	Tilgung	Summe FW-Schuld
1970	.	.	.	.	426	.	.	.	.	150
1971	.	.	.	.	469	.	.	.	.	206
1972	.	.	.	.	525	.	.	.	.	172
1973	.	.	.	.	578	.	.	.	.	95
1974	.	.	.	.	615	.	.	.	.	165
1975	.	.	.	.	805	.	.	.	.	168
1976	.	.	.	.	1.102	.	.	.	.	334
1977	.	.	.	.	1.336	.	.	.	.	316
1978	676	44	720	1.052	1.772	261	22	282	93	376
1979	790	42	832	1.021	1.854	299	12	311	286	597
1980	920	41	961	1.073	2.034	319	15	333	248	581
1981	1.077	36	1.113	1.544	2.658	383	13	395	212	607
1982	1.310	46	1.355	1.506	2.862	488	23	511	326	837
1983	1.411	62	1.473	1.473	2.946	502	16	518	383	901
1984	1.799	68	1.867	1.610	3.477	564	22	586	775	1.362
1985	2.129	56	2.184	1.552	3.736	537	40	577	749	1.326
1986	2.418	34	2.452	1.491	3.943	534	72	606	952	1.559
1987	2.873	61	2.934	1.724	4.658	553	32	585	827	1.412
1988	3.133	55	3.188	1.936	5.124	520	51	571	918	1.489
1989	3.315	63	3.378	2.005	5.383	551	30	580	517	1.097
1990	3.717	73	3.790	1.708	5.498	588	26	614	685	1.298
1991	4.189	91	4.280	2.137	6.417	640	26	666	239	905
1992	4.546	84	4.630	2.360	6.989	684	37	721	708	1.429
1993	4.718	21	4.739	2.639	7.377	747	27	773	1.348	2.121
1994	4.596	121	4.717	3.989	8.707	880	32	912	886	1.798
1995	4.873	116	4.988	6.864	11.852	1.073	48	1.121	1.753	2.874
1996	5.235	140	5.375	6.210	11.585	1.023	36	1.059	1.610	2.669
1997	5.282	49	5.331	5.621	10.952	1.099	18	1.117	1.360	2.478
1998	5.423	-105	5.318	9.252	14.571	1.126	-190	936	1.743	2.679
1999	6.034	0	6.034	11.126	17.160	607	4	612	433	1.045
2000	6.025	211	6.237	11.312	17.548	736	20	756	2.008	2.764
2001	5.911	-88	5.823	9.706	15.529	649	-9	640	1.650	2.291
2002	6.044	-32	6.012	12.459	18.471	533	24	557	1.975	2.532
2003	5.782	-54	5.729	14.697	20.425	520	8	527	1.572	2.099
2004	5.930	-31	5.900	13.203	19.103	432	-100	332	1.853	2.185
2005	6.385	-200	6.185	18.117	24.303	404	-123	281	1.444	1.725
2006	6.585	156	6.741	15.584	22.325	336	-230	105	2.492	2.597
2007	6.407	545	6.952	18.971	25.923	235	-431	-195	964	768
2008	6.394	63	6.457	9.731	16.188	238	7	246	690	936
2009	6.497	-25	6.472	22.276	28.748	252	-5	246	2.988	3.234
2010	6.787	-1.209	5.578	15.638	21.216	151	0	151	1.788	1.939
2011	7.077	-398	6.679	13.884	20.563	125	1	126	696	822
2012 <sup>4)</sup>	7.590	156	7.746	17.915	25.661	101	1	102	382	484

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Bis Ende 1998 Aufwand für die Schillingschuld.

3) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

4) Bundesvoranschlag.

## A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

(Fortsetzung)

### Aufwand für die Finanzschuld<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Finanzschuld insgesamt				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>2)</sup>	Summe	Tilgung	Gesamt
1970	198	16	214	362	<b>576</b>
1971	213	22	235	440	<b>675</b>
1972	218	24	242	454	<b>696</b>
1973	235	26	261	412	<b>673</b>
1974	265	15	280	500	<b>780</b>
1975	343	85	428	545	<b>973</b>
1976	572	84	656	780	<b>1.436</b>
1977	717	64	781	871	<b>1.652</b>
1978	937	65	1.002	1.146	<b>2.148</b>
1979	1.089	55	1.144	1.307	<b>2.451</b>
1980	1.239	56	1.294	1.321	<b>2.615</b>
1981	1.460	49	1.509	1.756	<b>3.265</b>
1982	1.798	69	1.867	1.832	<b>3.699</b>
1983	1.913	78	1.991	1.857	<b>3.848</b>
1984	2.363	90	2.453	2.386	<b>4.839</b>
1985	2.666	96	2.761	2.301	<b>5.062</b>
1986	2.952	106	3.058	2.444	<b>5.502</b>
1987	3.427	93	3.519	2.551	<b>6.070</b>
1988	3.653	107	3.760	2.853	<b>6.613</b>
1989	3.865	93	3.958	2.522	<b>6.480</b>
1990	4.305	99	4.404	2.392	<b>6.796</b>
1991	4.829	117	4.946	2.376	<b>7.322</b>
1992	5.230	121	5.351	3.068	<b>8.418</b>
1993	5.464	48	5.512	3.986	<b>9.498</b>
1994	5.476	153	5.629	4.875	<b>10.504</b>
1995	5.946	164	6.109	8.617	<b>14.726</b>
1996	6.259	175	6.434	7.820	<b>14.254</b>
1997	6.381	67	6.448	6.982	<b>13.430</b>
1998	6.549	-295	6.254	10.995	<b>17.249</b>
1999	6.641	4	6.646	11.559	<b>18.205</b>
2000	6.761	231	6.993	13.320	<b>20.313</b>
2001	6.560	-96	6.463	11.357	<b>17.820</b>
2002	6.577	-9	6.569	14.435	<b>21.003</b>
2003	6.302	-46	6.256	16.269	<b>22.525</b>
2004	6.362	-131	6.231	15.056	<b>21.288</b>
2005	6.789	-323	6.466	19.561	<b>26.027</b>
2006	6.920	-75	6.846	18.076	<b>24.922</b>
2007	6.642	114	6.757	19.935	<b>26.691</b>
2008	6.632	70	6.702	10.421	<b>17.123</b>
2009	6.749	-30	6.718	25.264	<b>31.983</b>
2010	6.938	-1.209	5.729	17.426	<b>23.155</b>
2011	7.202	-397	6.805	14.580	<b>21.385</b>
2012 <sup>3)</sup>	7.690	158	7.848	18.297	<b>26.145</b>

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

2) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

3) Bundesvoranschlag.

## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Euroschild <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	<b>2.441</b>
1971	1.266	19	737	2.022	130	62	85	224	501	<b>2.523</b>
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	<b>2.875</b>
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	<b>3.432</b>
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	<b>3.478</b>
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	<b>4.964</b>
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	<b>7.182</b>
1977	2.858	2.422	1.696	6.977	404	800	67	267	1.537	<b>8.514</b>
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.833	<b>10.112</b>
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	<b>12.154</b>
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	<b>13.702</b>
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	<b>14.586</b>
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	<b>16.950</b>
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	<b>21.119</b>
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	<b>25.496</b>
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	<b>29.570</b>
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	<b>35.774</b>
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	<b>41.626</b>
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	<b>44.757</b>
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	<b>49.006</b>
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	<b>52.779</b>
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	<b>57.360</b>
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	<b>59.581</b>
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	<b>65.052</b>
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	<b>70.104</b>
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	<b>76.400</b>
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	<b>80.001</b>
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908	<b>85.100</b>
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	<b>83.734</b>
1998 <sup>3)</sup>	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	<b>97.939</b>
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	<b>101.196</b>
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	<b>103.984</b>
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	<b>105.220</b>
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146	<b>108.248</b>
2003	96.744	835	608	98.187	6.863	6.802	1.127	-	14.792	<b>112.979</b>
2004	104.647	1.718	692	107.057	6.065	8.541	776	-	15.382	<b>122.439</b>
2005	108.813	3.336	264	112.412	4.919	11.938	426	-	17.282	<b>129.694</b>
2006	115.711	5.441	256	121.407	3.134	12.357	48	-	15.539	<b>136.946</b>
2007	121.478	4.357	639	126.475	2.099	11.508	1	-	13.608	<b>140.082</b>
2008	129.339	3.607	8.198	141.144	1.828	10.921	208	-	12.958	<b>154.102</b>
2009	140.922	2.648	6.016	149.587	1.626	12.346	65	-	14.037	<b>163.623</b>
2010	152.323	2.503	4.274	159.100	1.197	12.612	5	-	13.815	<b>172.914</b>
2011	160.194	2.203	3.894	166.291	1.026	13.180	55	-	14.261	<b>180.551</b>

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.



## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

### Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld				Summe FW-Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			unbereinigt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe	Kredite und Darlehen			in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	284	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	0	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	0	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	0	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 <sup>3)</sup>	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	126.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
2002	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187
2003	12.414	715	13.129	770	13.899	126.878	9.043	30	9.073	135.951
2004	11.908	703	12.611	501	13.112	135.550	9.309	29	9.338	144.889
2005	10.572	703	11.275	360	11.635	141.329	9.976	0	9.976	151.305
2006	7.678	385	8.064	255	8.319	145.265	10.020	0	10.020	155.285
2007	6.806	367	7.173	121	7.294	147.376	9.924	0	9.924	157.301
2008	7.231	480	7.711	159	7.869	161.971	5.952	0	5.952	167.923
2009	4.638	454	5.092	-	5.092	168.715	9.362	0	9.362	178.077
2010	3.580	276	3.856	-	3.856	176.770	9.972	0	9.972	186.742
2011	2.525	100	2.624	-	2.624	183.176	10.435	0	10.435	193.610

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	<b>71,3</b>
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	<b>74,1</b>
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	<b>79,3</b>
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	<b>84,0</b>
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	<b>77,9</b>
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	<b>68,1</b>
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	<b>73,9</b>
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	<b>71,2</b>
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	<b>69,9</b>
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	<b>72,4</b>
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	<b>72,2</b>
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	<b>68,0</b>
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	<b>68,3</b>
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	<b>69,8</b>
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	<b>74,7</b>
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	<b>77,4</b>
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	<b>79,8</b>
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	<b>82,1</b>
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	<b>82,5</b>
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	<b>84,3</b>
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	<b>84,3</b>
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	<b>84,2</b>
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	<b>82,6</b>
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	<b>80,8</b>
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	<b>78,7</b>
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	<b>78,3</b>
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	<b>78,8</b>
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	<b>79,3</b>
1998	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	<b>75,0</b>
1998 <sup>3)</sup>	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	<b>87,8</b>
1999	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	<b>85,8</b>
2000	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	<b>86,1</b>
2001	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	<b>86,7</b>
2002	73,0	0,8	0,5	74,3	6,1	6,0	0,9	-	13,0	<b>87,3</b>
2003	76,2	0,7	0,5	77,4	5,4	5,4	0,9	-	11,7	<b>89,0</b>
2004	77,2	1,3	0,5	79,0	4,5	6,3	0,6	-	11,3	<b>90,3</b>
2005	77,0	2,4	0,2	79,5	3,5	8,4	0,3	-	12,2	<b>91,8</b>
2006	79,7	3,7	0,2	83,6	2,2	8,5	0,0	-	10,7	<b>94,3</b>
2007	82,4	3,0	0,4	85,8	1,4	7,8	0,0	-	9,2	<b>95,1</b>
2008	79,9	2,2	5,1	87,1	1,1	6,7	0,1	-	8,0	<b>95,1</b>
2009	83,5	1,6	3,6	88,7	1,0	7,3	0,0	-	8,3	<b>97,0</b>
2010	86,2	1,4	2,4	90,0	0,7	7,1	0,0	-	7,8	<b>97,8</b>
2011	87,5	1,2	2,1	90,8	0,6	7,2	0,0	-	7,8	<b>98,6</b>

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>				Summe FW-Schuld	Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen		
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	<b>28,7</b>	100,0
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	<b>25,9</b>	100,0
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	<b>20,7</b>	100,0
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	<b>16,0</b>	100,0
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	<b>22,1</b>	100,0
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	<b>31,9</b>	100,0
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	<b>26,1</b>	100,0
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	<b>28,8</b>	100,0
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	<b>30,1</b>	100,0
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	<b>27,6</b>	100,0
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	<b>27,8</b>	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	<b>32,0</b>	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	<b>31,7</b>	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	<b>30,2</b>	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	<b>25,3</b>	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	<b>22,6</b>	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	<b>20,2</b>	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	<b>17,9</b>	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	<b>17,5</b>	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	<b>15,7</b>	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	<b>15,7</b>	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	<b>15,8</b>	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	<b>17,4</b>	100,0
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	<b>19,2</b>	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	<b>21,3</b>	100,0
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	<b>21,7</b>	100,0
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	<b>21,2</b>	100,0
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	<b>20,7</b>	100,0
1998	21,7	2,0	23,7	1,3	<b>25,0</b>	100,0
1998 <sup>3)</sup>	10,7	0,6	11,4	0,9	<b>12,2</b>	100,0
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	<b>14,2</b>	100,0
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	<b>13,9</b>	100,0
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	<b>13,3</b>	100,0
2002	11,3	0,6	11,9	0,8	<b>12,7</b>	100,0
2003	9,8	0,6	10,3	0,6	<b>11,0</b>	100,0
2004	8,8	0,5	9,3	0,4	<b>9,7</b>	100,0
2005	7,5	0,5	8,0	0,3	<b>8,2</b>	100,0
2006	5,3	0,3	5,6	0,2	<b>5,7</b>	100,0
2007	4,6	0,2	4,9	0,1	<b>4,9</b>	100,0
2008	4,5	0,3	4,8	0,1	<b>4,9</b>	100,0
2009	2,7	0,3	3,0	-	<b>3,0</b>	100,0
2010	2,0	0,2	2,2	-	<b>2,2</b>	100,0
2011	1,4	0,1	1,4	-	<b>1,4</b>	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

### Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Jahren)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	5,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	5,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	5,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	5,4
1998 <sup>3)</sup>	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	5,9
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1	5,7
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5	5,6
2003	6,5	8,8	7,0	6,5	3,2	5,4	1,2	-	4,1	6,2
2004	6,8	7,5	5,8	6,8	2,6	7,9	1,1	-	5,5	6,7
2005	7,3	10,0	12,5	7,4	2,3	15,5	0,8	-	11,4	7,9
2006	7,6	6,1	25,5	7,6	2,5	17,9	0,6	-	14,7	8,4
2007	8,6	6,6	24,5	8,6	2,6	19,5	2,3	-	16,9	9,4
2008	7,9	7,1	6,3	7,8	4,5	20,2	0,1	-	17,7	8,6
2009	7,8	8,4	4,3	7,7	7,8	19,7	0,2	-	18,2	8,6
2010	7,6	7,6	4,4	7,5	9,6	19,5	0,4	-	18,6	8,4
2011	7,4	7,5	4,5	7,3	10,9	19,7	0,1	-	19,0	8,2

### Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1
1998 <sup>3)</sup>	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4	5,5
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1	5,3
2003	4,9	6,4	2,2	4,9	6,6	5,8	2,2	-	5,9	5,1
2004	4,9	4,8	2,5	4,8	6,7	5,5	2,2	-	5,8	5,0
2005	4,7	4,1	2,2	4,7	6,7	4,7	2,5	-	5,2	4,8
2006	4,6	3,2	3,2	4,5	6,7	4,5	3,4	-	4,9	4,5
2007	4,4	3,7	4,2	4,4	6,6	4,4	2,4	-	4,7	4,4
2008	4,4	3,7	2,8	4,3	6,3	4,2	1,8	-	4,5	4,3
2009	4,3	3,9	1,0	4,2	5,5	4,1	0,9	-	4,3	4,2
2010	4,2	3,9	0,8	4,1	5,0	4,1	0,7	-	4,1	4,1
2011	4,1	3,7	1,3	4,1	4,5	4,0	0,5	-	4,1	4,1

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuld kategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

## A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamt
	Titrierte FW - Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 <sup>3)</sup>	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5
2003	4,2	5,4	4,3	2,7	4,2	5,9
2004	4,1	4,3	4,1	2,7	4,0	6,4
2005	3,6	3,3	3,5	2,7	3,5	7,6
2006	3,6	4,2	3,6	2,3	3,5	8,1
2007	2,8	3,2	2,9	3,6	2,9	9,1
2008	2,2	2,2	2,2	0,1	2,1	8,3
2009	2,6	1,2	2,5	-	2,5	8,4
2010	2,7	0,7	2,5	-	2,5	8,3
2011	1,6	0,7	1,5	-	1,5	8,1

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamt
	Titrierte FW - Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 <sup>3)</sup>	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0
2003	2,9	1,6	2,8	2,8	2,8	4,8
2004	2,8	2,6	2,8	4,4	2,8	4,8
2005	2,6	2,8	2,6	4,2	2,6	4,6
2006	2,5	2,5	2,5	4,3	2,6	4,4
2007	2,5	2,5	2,5	3,8	2,5	4,3
2008	2,6	2,6	2,6	3,8	2,7	4,2
2009	2,6	2,6	2,6	-	2,6	4,1
2010	3,1	3,3	3,1	-	3,1	4,1
2011	3,2	3,2	3,2	-	3,2	4,1

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

## A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	USD		DEM		CHF		NLG		JPY		FRF		XEU		BEF	
	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1998 <sup>2)</sup>	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,6	-	-	9.299	55,4	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	8.341	60,0	-	-	5.558	40,0	-	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	7.800	59,5	-	-	5.312	40,5	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	7.196	61,8	-	-	4.439	38,2	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	4.737	56,9	-	-	3.581	43,1	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	4.225	57,9	-	-	3.069	42,1	-	-	-	-	-	-
2008	-	-	-	-	4.546	57,8	-	-	3.323	42,2	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2010	-	-	-	-	2.476	64,2	-	-	1.380	35,8	-	-	-	-	-	-
2011	-	-	-	-	2.155	82,1	-	-	470	17,9	-	-	-	-	-	-

1) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien sowie der Cross-Currency-Swaps seit 1982.

2) Rückrechnung.

## A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

### Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio Fremdwährung)

2 0 0 2	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	5.163,6	2.377,1	1.350,0	1.027,1	19,9	6.190,7
CHF	3.500,0	1.300,0	0,0	1.300,0	37,1	4.800,0
JPY	461.000,0	18.000,0	0,0	18.000,0	3,9	479.000,0
GBP	450,0	14,0	0,0	14,0	3,1	464,0
CAD	550,0	0,0	250,0	-250,0	-45,5	300,0
ZAR	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
NOK	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0

2 0 0 3	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	6.190,7	4.808,5	966,0	3.842,5	62,1	10.033,2
CHF	4.800,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.800,0
JPY	479.000,0	16.000,0	113.700,0	-97.700,0	-20,4	381.300,0
GBP	464,0	0,0	14,0	-14,0	-3,0	450,0
CAD	300,0	0,0	300,0	-300,0	-100,0	0,0
ZAR	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	0,0	13.000,0	0,0	13.000,0	.	13.000,0

2 0 0 4	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	10.033,2	4.273,1	1.163,5	3.109,6	31,0	13.142,8
CHF	4.800,0	400,0	0,0	400,0	8,3	5.200,0
JPY	381.300,0	0,0	97.000,0	-97.000,0	-25,4	284.300,0
GBP	450,0	100,6	450,0	-349,4	-77,6	100,6
CAD	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
AUD	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
ZAR	300,0	400,0	0,0	400,0	133,3	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	13.000,0	21.000,0	0,0	21.000,0	161,5	34.000,0
SKK	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
BRL	0,0	1.213,8	0,0	1.213,8	.	1.213,8

2 0 0 5	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.142,8	1.915,4	1.263,5	651,9	5,0	13.794,7
CHF	5.200,0	0,0	600,0	-600,0	-11,5	4.600,0
JPY	284.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-28,1	204.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	400,0	548,4	298,4	250,0	62,5	650,0
AUD	500,0	100,0	0,0	100,0	20,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	34.000,0	4.000,0	0,0	4.000,0	11,8	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.213,8	1.012,5	416,9	595,6	49,1	1.809,4
TRY	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
ISK	0,0	20.000,0	0,0	20.000,0	.	20.000,0
NZD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
MXN	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

## A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

### Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio FW)

2 0 0 6	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.794,7	3.577,0	2.890,2	686,8	5,0	14.481,5
CHF	4.600,0	0,0	2.550,0	-2.550,0	-55,4	2.050,0
JPY	204.300,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-4,9	194.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	300,0	-300,0	-42,9	400,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	38.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.809,4	1.574,8	150,5	1.424,3	78,7	3.233,7
TRY	300,0	525,0	150,0	375,0	125,0	675,0
ISK	20.000,0	3.000,0	20.000,0	-17.000,0	-85,0	3.000,0
NZD	250,0	70,0	0,0	70,0	28,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

2 0 0 7	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	14.481,5	1.983,2	3.346,0	-1.362,8	-9,4	13.118,7
CHF	2.050,0	0,0	200,0	-200,0	-9,8	1.850,0
JPY	194.300,0	0,0	55.000,0	-55.000,0	-28,3	139.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
NOK	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
HUF	38.000,0	0,0	38.000,0	-38.000,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	3.233,7	450,3	1.573,2	-1.122,9	-34,7	2.110,8
TRY	675,0	1.219,5	325,0	894,5	132,5	1.569,5
ISK	3.000,0	26.500,0	0,0	26.500,0	883,3	29.500,0
NZD	320,0	0,0	0,0	0,0	0,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

2 0 0 8	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.118,7	7.334,6	1.783,2	5.551,4	42,3	18.670,1
CHF	1.850,0	315,0	0,0	315,0	17,0	2.165,0
JPY	139.300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	139.300,0
GBP	100,6	152,0	0,0	152,0	151,1	252,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	2.110,8	0,0	1.722,2	-1.722,2	-81,6	388,6
TRY	1.569,5	1.514,3	542,8	971,5	61,9	2.541,1
ISK	29.500,0	0,0	29.500,0	-29.500,0	-100,0	0,0
NZD	320,0	0,0	320,0	-320,0	-100,0	0,0
MXN	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
RON	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.



## A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

### Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio FW)

2 0 0 9	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	18.670,1	4.456,7	7.440,7	-2.984,0	-16,0	15.686,1
CHF	2.165,0	613,0	1.165,0	-552,0	-25,5	1.613,0
JPY	139.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-57,4	59.300,0
GBP	252,6	1.550,0	152,0	1.398,0	553,4	1.650,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	2.541,1	0,0	2.312,8	-2.312,8	-91,0	228,3

2 0 1 0	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	15.686,1	2.733,5	5.056,7	-2.323,2	-14,8	13.362,9
CHF	1.613,0	219,0	13,0	206,0	12,8	1.819,0
JPY	59.300,0	0,0	16.000,0	-16.000,0	-27,0	43.300,0
GBP	1.650,6	0,0	1.550,0	-1.550,0	-93,9	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	16,0	0,0	16,0	2,7	616,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	228,3	0,0	178,3	-178,3	-78,1	50,0

2 0 1 1	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.362,9	3.325,0	4.912,9	-1.587,9	-11,9	11.775,0
CHF	1.819,0	0,0	219,0	-219,0	-12,0	1.600,0
JPY	43.300,0	0,0	21.300,0	-21.300,0	-49,2	22.000,0
GBP	100,6	430,0	0,0	430,0	427,4	530,6
CAD	650,0	0,0	100,0	-100,0	-15,4	550,0
AUD	616,0	0,0	16,0	-16,0	-2,6	600,0
BRL	388,6	0,0	388,6	-388,6	-100,0	0,0
TRY	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0
NOK	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0	.	2.000,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Konversionen.

## A 7 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND CROSS CURRENCY SWAPS (CCS) NACH SCHULDFORMEN 2011<sup>1)</sup>

in Mio EUR	Stand am 31.12.2010					Nettoveränderung					Stand am 31.12.2011				
	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld	
<b>Euroschuld</b>	153.593	8.713	1.704	7.009	160.602	8.155	180	8.336	161.748	8.293	1.103	7.190	168.938		
Anleihen	1.662	842	0	842	2.503	-149	-151	-301	1.512	691	0	691	2.203		
Bundesobligationen	3.735	2.231	0	2.231	5.966	-323	-59	-382	3.412	2.173	0	2.173	5.585		
Bundesschatzscheine	<b>158.989</b>	<b>11.786</b>	<b>1.704</b>	<b>10.082</b>	<b>169.072</b>	<b>7.683</b>	<b>-29</b>	<b>7.654</b>	<b>166.672</b>	<b>11.156</b>	<b>1.103</b>	<b>10.053</b>	<b>176.725</b>		
Titrierte Euroschuld	1.197	0	0	0	1.197	-172	0	-172	1.026	0	0	0	1.026		
Versicherungsdarlehen	12.612	0	0	0	12.612	568	0	568	13.180	0	0	0	13.180		
Bankendarlehen	5	0	0	0	5	50	0	50	55	0	0	0	55		
Sonstige Kredite	<b>13.815</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>13.815</b>	<b>446</b>	<b>0</b>	<b>446</b>	<b>14.261</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>14.261</b>		
<b>Nicht titrierte Euroschuld</b>	<b>172.804</b>	<b>11.786</b>	<b>1.704</b>	<b>10.082</b>	<b>182.886</b>	<b>8.129</b>	<b>-29</b>	<b>8.100</b>	<b>180.933</b>	<b>11.156</b>	<b>1.103</b>	<b>10.053</b>	<b>190.986</b>		
<b>Euroschuld</b>	9.796	2.799	9.015	-6.216	3.580	-431	-624	-1.055	9.365	2.171	9.011	-6.841	2.525		
<b>FW - Schuld<sup>2)</sup></b>	1.098	0	822	-822	276	-337	161	-176	761	0	661	-661	100		
Anleihen	2.233	0	2.233	-2.233	0	79	-79	0	2.312	0	2.312	-2.312	0		
Schuldverschreibungen	<b>13.127</b>	<b>2.799</b>	<b>12.070</b>	<b>-9.271</b>	<b>3.856</b>	<b>-689</b>	<b>-542</b>	<b>-1.232</b>	<b>12.438</b>	<b>2.171</b>	<b>11.984</b>	<b>-9.813</b>	<b>2.624</b>		
Bundesschatzscheine	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Titr. Fremdwährungsschuld	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Kredite und Darlehen	<b>13.127</b>	<b>2.799</b>	<b>12.070</b>	<b>-9.271</b>	<b>3.856</b>	<b>-689</b>	<b>-542</b>	<b>-1.232</b>	<b>12.438</b>	<b>2.171</b>	<b>11.984</b>	<b>-9.813</b>	<b>2.624</b>		
<b>Fremdwährungsschuld</b>	<b>185.931</b>	<b>14.585</b>	<b>13.774</b>	<b>811</b>	<b>186.742</b>	<b>7.439</b>	<b>-572</b>	<b>6.868</b>	<b>193.371</b>	<b>13.326</b>	<b>13.087</b>	<b>240</b>	<b>193.610</b>		
<b>Abzüglich Eigenbesitz</b>					<b>9.972</b>			<b>463</b>					<b>10.435</b>		
Bereinigte Euroschuld <sup>3)</sup>					172.914			7.637					180.551		
Bereinigte FW-Schuld <sup>3)</sup>					3.856			-1.232					2.624		
<b>Bereinigte Finanzschuld</b>					<b>176.770</b>			<b>6.405</b>					<b>183.176</b>		

1) Inklusive Devisentermingeschäfte; Transaktionsvolumina zu Nominalwerten.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden.

3) Die bereinigte Schuldenentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

## A 8 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN<sup>1)</sup> VON UNTERNEHMEN ÖFFENTLICHER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

in Mrd EUR	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 <sup>2)</sup>
<b>Unternehmen des Bundes<sup>3)</sup></b>							
ASFINAG	9,3	8,6	9,2	8,4	8,8	10,0	8,7
AUSTRO CONTROL	0,0	-	-	-	-	-	-
BIG	3,3	3,3	3,3	3,1	2,7	3,0	3,3
MUQUA	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
ÖBB	5,8	7,1	9,3	11,1	12,5	14,4	16,9
<i>davon ÖBB-Infrastruktur</i>	<i>5,1</i>	<i>6,1</i>	<i>8,0</i>	<i>9,2</i>	<i>10,8</i>	<i>12,7</i>	<i>14,4</i>
ÖIAG	0,5	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2
SCHIG	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Summe</b>	<b>19,1</b>	<b>19,4</b>	<b>22,1</b>	<b>22,8</b>	<b>24,1</b>	<b>27,5</b>	<b>29,2</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten<sup>4)</sup></i>	<i>4,1</i>	<i>3,5</i>	<i>3,6</i>	<i>4,3</i>	<i>5,0</i>	<i>6,0</i>	<i>7,0</i>
<b>Krankenanstaltenbetriebsgesell. der Länder<sup>5)</sup></b>							
GESPAG	-	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3
KABEG	0,5	0,7	0,8	1,0	1,2	1,3	1,3
KAGes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	1,2	1,2
KRAGES	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
TILAK	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>0,6</i>	<i>0,8</i>	<i>1,0</i>	<i>1,3</i>	<i>2,2</i>	<i>2,9</i>	<i>2,9</i>
<b>Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden<sup>6)</sup></b>							
Gemeindeverbände <sup>7)</sup>	2,3	2,2	2,1	2,1	.	.	.
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Wiener Wohnen	1,6	1,9	2,1	2,3	2,3	2,4	2,6
Wien Kanal	-	-	-	-	0,1	0,1	0,1
Wiener Krankenanstaltenverbund	-	-	-	-	-	0,3	0,3
<b>Summe<sup>7)</sup></b>	<b>11,7</b>	<b>12,1</b>	<b>12,2</b>	<b>12,5</b>	<b>10,3</b>	<b>10,8</b>	<b>11,0</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>0,3</i>	<i>0,3</i>
<b>Insgesamt<sup>7)</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>32,3</b>	<b>35,4</b>	<b>36,6</b>	<b>36,6</b>	<b>41,2</b>	<b>43,1</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>4,7</i>	<i>4,3</i>	<i>4,7</i>	<i>5,6</i>	<i>7,2</i>	<i>9,2</i>	<i>10,3</i>

### Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
AUSTRO CONTROL	AUSTRO CONTROL Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
GESPAG	Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG
KABEG	Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft
KAGes	Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
KRAGES	Burgenländische Krankenanstaltengesellschaft mbH
MUQUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.
TILAK	Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

1) Kapitalmarktfinanzierungen mit einer originären Laufzeit von über einem Jahr (Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen).

2) Vorläufige Daten.

3) Selbstständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) V. a. dem Bund zugerechnete Schulden der ÖBB-Infrastruktur, aber auch Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG i. d. j. F.).

5) Betriebsgesellschaften mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

6) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenerhaltungen (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie Gemeindeverbände (v. a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

7) Zeitreihenbruch: Daten zu den Gemeindeverbänden sind seit 2009 nicht mehr verfügbar.

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmen und Statistik Austria.

## A 9 FINANZSCHULD DER LÄNDER<sup>1)</sup>

### Stand der Finanzschuld der Länder (in Mio EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	209,8	209,1	208,4	207,9	207,8	206,8	206,8	206,8	206,8	231,5
Kärnten	356,0	405,5	521,4	586,6	680,1	724,2	867,7	990,0	1.159,0	1.424,8
Niederösterreich	885,1	950,4	1.030,8	1.380,4	1.680,2	2.042,8	2.271,4	2.557,2	3.222,9	3.962,0
Oberösterreich	370,4	-	-	-	-	-	-	-	92,0	165,4
Salzburg	365,6	347,2	339,1	346,1	378,0	401,3	406,8	521,2	481,2	777,9
Steiermark	1.015,5	652,8	367,3	367,3	442,3	442,3	442,3	442,3	988,4	1.343,5
Tirol	80,7	88,2	16,0	57,3	106,3	132,2	176,2	168,0	174,5	234,0
Vorarlberg	83,6	81,7	77,4	73,9	73,9	83,9	78,2	72,7	72,7	95,8
Wien <sup>2)</sup>	2.083,9	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>5.450,5</b>	<b>4.839,3</b>	<b>4.127,0</b>	<b>4.585,0</b>	<b>5.114,9</b>	<b>5.507,0</b>	<b>5.844,0</b>	<b>6.418,4</b>	<b>8.271,6</b>	<b>11.305,3</b>

### Stand der Finanzschuld der Länder (%-Anteile)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	3,8	4,3	5,0	4,5	4,1	3,8	3,5	3,2	2,5	2,0
Kärnten	6,5	8,4	12,6	12,8	13,3	13,2	14,8	15,4	14,0	12,6
Niederösterreich	16,2	19,6	25,0	30,1	32,8	37,1	38,9	39,8	39,0	35,0
Oberösterreich	6,8	-	-	-	-	-	-	-	1,1	1,5
Salzburg	6,7	7,2	8,2	7,5	7,4	7,3	7,0	8,1	5,8	6,9
Steiermark	18,6	13,5	8,9	8,0	8,6	8,0	7,6	6,9	11,9	11,9
Tirol	1,5	1,8	0,4	1,2	2,1	2,4	3,0	2,6	2,1	2,1
Vorarlberg	1,5	1,7	1,9	1,6	1,4	1,5	1,3	1,1	0,9	0,8
Wien <sup>2)</sup>	38,2	43,5	38,0	34,1	30,2	26,8	23,9	22,7	22,7	27,2
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

### Veränderung der Finanzschuld der Länder zum Vorjahr (in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	-0,5	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	11,9
Kärnten	-66,1	13,9	28,6	12,5	15,9	6,5	19,8	14,1	17,1	22,9
Niederösterreich	-5,0	7,4	8,5	33,9	21,7	21,6	11,2	12,6	26,0	22,9
Oberösterreich	-17,2	-	-	-	-	-	-	-	-	79,8
Salzburg	-4,6	-5,0	-2,3	2,1	9,2	6,2	1,4	28,1	-7,7	61,6
Steiermark	-3,8	-35,7	-43,7	0,0	20,4	0,0	0,0	0,0	123,5	35,9
Tirol	-42,0	9,3	-81,9	258,8	85,5	24,4	33,3	-4,7	3,9	34,1
Vorarlberg	-3,6	-2,3	-5,2	-4,5	0,0	13,5	-6,8	-7,0	0,0	31,7
Wien <sup>2)</sup>	1,9	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>-14,2</b>	<b>-11,2</b>	<b>-14,7</b>	<b>11,1</b>	<b>11,6</b>	<b>7,7</b>	<b>6,1</b>	<b>9,8</b>	<b>28,9</b>	<b>36,7</b>

### Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Länder (in EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	758	756	753	748	744	738	735	730	728	813
Kärnten	636	726	934	1.050	1.216	1.295	1.549	1.766	2.072	2.552
Niederösterreich	573	613	662	880	1.063	1.286	1.423	1.593	2.004	2.458
Oberösterreich	269	-	-	-	-	-	-	-	65	117
Salzburg	707	671	653	663	720	763	771	985	908	1.463
Steiermark	855	549	308	307	368	368	367	366	818	1.110
Tirol	119	130	23	83	153	190	251	238	247	330
Vorarlberg	237	230	217	205	204	230	214	198	197	259
Wien <sup>2)</sup>	1.326	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>676</b>	<b>597</b>	<b>507</b>	<b>559</b>	<b>620</b>	<b>665</b>	<b>703</b>	<b>768</b>	<b>988</b>	<b>1.345</b>

1) Einschließlich für Dritte aufgenommene Schulden (z. B. Landeskrankenanstalten). Ohne Sollstellungen, ohne innere Anleihen.  
Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 2008: 1.733,1 Mio EUR, Ende 2009: 1.606,9 Mio EUR  
und Ende 2010: 1.415,7 Mio EUR.

2) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Geburten und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

## A 10 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN

### Stand der Finanzschuld der Gemeinden (in Mio EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	392,4	393,0	383,2	383,1	376,6	373,3	371,0	368,5	370,8	365,4
Kärnten	584,2	602,4	636,2	639,0	646,5	646,3	678,6	686,9	712,3	716,0
Niederösterreich	3.183,2	3.148,0	3.257,9	3.444,0	3.497,6	3.624,2	3.651,9	3.642,9	3.706,2	3.785,6
Oberösterreich	1.929,7	1.994,0	2.062,4	2.159,3	2.213,7	2.245,0	2.306,2	2.393,1	2.561,2	2.730,6
Salzburg	746,3	753,5	746,6	685,0	694,4	666,9	673,1	664,3	663,3	644,6
Steiermark	1.769,9	1.875,0	1.906,2	1.960,7	1.985,5	1.989,3	1.955,7	2.025,2	2.007,9	1.959,5
Tirol	742,5	737,5	752,3	767,5	779,4	793,8	788,2	806,2	815,0	806,4
Vorarlberg	591,6	593,6	601,9	616,1	642,1	642,0	627,7	639,6	653,9	676,2
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>9.939,7</b>	<b>10.097,0</b>	<b>10.346,7</b>	<b>10.654,6</b>	<b>10.835,8</b>	<b>10.980,8</b>	<b>11.052,4</b>	<b>11.226,7</b>	<b>11.490,6</b>	<b>11.684,3</b>
Wien <sup>1)</sup>	2.083,9	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5
<b>Summe mit Wien</b>	<b>12.023,6</b>	<b>12.201,5</b>	<b>11.913,3</b>	<b>12.220,1</b>	<b>12.382,0</b>	<b>12.454,3</b>	<b>12.447,0</b>	<b>12.686,8</b>	<b>13.364,7</b>	<b>14.754,8</b>

### Stand der Finanzschuld der Gemeinden (%-Anteile)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	3,3	3,2	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,5
Kärnten	4,9	4,9	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,4	5,3	4,9
Niederösterreich	26,5	25,8	27,3	28,2	28,2	29,1	29,3	28,7	27,7	25,7
Oberösterreich	16,0	16,3	17,3	17,7	17,9	18,0	18,5	18,9	19,2	18,5
Salzburg	6,2	6,2	6,3	5,6	5,6	5,4	5,4	5,2	5,0	4,4
Steiermark	14,7	15,4	16,0	16,0	16,0	16,0	15,7	16,0	15,0	13,3
Tirol	6,2	6,0	6,3	6,3	6,3	6,4	6,3	6,4	6,1	5,5
Vorarlberg	4,9	4,9	5,1	5,0	5,2	5,2	5,0	5,0	4,9	4,6
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>82,7</b>	<b>82,8</b>	<b>86,9</b>	<b>87,2</b>	<b>87,5</b>	<b>88,2</b>	<b>88,8</b>	<b>88,5</b>	<b>86,0</b>	<b>79,2</b>
Wien <sup>1)</sup>	17,3	17,2	13,1	12,8	12,5	11,8	11,2	11,5	14,0	20,8
<b>Summe mit Wien</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

### Veränderung der Finanzschuld der Gemeinden zum Vorjahr (in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	-2,5	0,2	-2,5	0,0	-1,7	-0,9	-0,6	-0,7	0,6	-1,5
Kärnten	-0,8	3,1	5,6	0,4	1,2	0,0	5,0	1,2	3,7	0,5
Niederösterreich	7,4	-1,1	3,5	5,7	1,6	3,6	0,8	-0,2	1,7	2,1
Oberösterreich	4,2	3,3	3,4	4,7	2,5	1,4	2,7	3,8	7,0	6,6
Salzburg	2,4	1,0	-0,9	-8,2	1,4	-4,0	0,9	-1,3	-0,2	-2,8
Steiermark	0,8	5,9	1,7	2,9	1,3	0,2	-1,7	3,6	-0,9	-2,4
Tirol	0,5	-0,7	2,0	2,0	1,6	1,8	-0,7	2,3	1,1	-1,1
Vorarlberg	4,8	0,3	1,4	2,4	4,2	0,0	-2,2	1,9	2,2	3,4
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>3,6</b>	<b>1,6</b>	<b>2,5</b>	<b>3,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,6</b>	<b>2,4</b>	<b>1,7</b>
Wien <sup>1)</sup>	1,9	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8
<b>Summe mit Wien</b>	<b>3,3</b>	<b>1,5</b>	<b>-2,4</b>	<b>2,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,9</b>	<b>5,3</b>	<b>10,4</b>

### Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Gemeinden (in EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	1.418	1.421	1.384	1.378	1.349	1.333	1.319	1.302	1.306	1.282
Kärnten	1.043	1.078	1.140	1.143	1.156	1.155	1.211	1.225	1.274	1.282
Niederösterreich	2.061	2.032	2.092	2.195	2.213	2.281	2.287	2.270	2.305	2.348
Oberösterreich	1.401	1.442	1.486	1.548	1.581	1.599	1.639	1.697	1.815	1.933
Salzburg	1.443	1.457	1.437	1.311	1.323	1.268	1.276	1.255	1.252	1.212
Steiermark	1.490	1.577	1.599	1.638	1.653	1.654	1.623	1.677	1.662	1.619
Tirol	1.099	1.085	1.100	1.114	1.123	1.138	1.125	1.144	1.153	1.136
Vorarlberg	1.678	1.674	1.686	1.711	1.771	1.762	1.716	1.740	1.773	1.828
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>1.531</b>	<b>1.552</b>	<b>1.584</b>	<b>1.622</b>	<b>1.641</b>	<b>1.658</b>	<b>1.664</b>	<b>1.684</b>	<b>1.721</b>	<b>1.747</b>
Wien <sup>1)</sup>	1.326	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791
<b>Summe mit Wien</b>	<b>1.491</b>	<b>1.506</b>	<b>1.463</b>	<b>1.490</b>	<b>1.500</b>	<b>1.504</b>	<b>1.496</b>	<b>1.518</b>	<b>1.596</b>	<b>1.756</b>

1) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Gebarungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

## A 11 STAATSVerschuldung IM INTERNATIONALEN VERGLEICH<sup>1)</sup>

### Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	103,4	98,4	94,0	92,0	88,0	84,1	89,3	95,8	96,0	98,0
Deutschland	60,7	64,4	66,3	68,6	68,1	65,2	66,7	74,4	83,0	81,2
Estland	5,8	5,6	5,1	4,6	4,4	3,7	4,5	7,2	6,7	6,0
Finnland	41,5	44,5	44,4	41,7	39,6	35,2	33,9	43,5	48,4	48,6
Frankreich	59,0	63,2	65,0	66,7	64,0	64,2	68,2	79,2	82,3	85,8
Griechenland	102,6	98,3	99,8	101,2	107,3	107,4	113,0	129,4	145,0	165,3
Irland	31,9	30,7	29,4	27,2	24,7	24,8	44,2	65,1	92,5	108,2
Italien	105,1	103,9	103,4	105,4	106,1	103,1	105,7	116,0	118,6	120,1
Luxemburg	6,3	6,1	6,3	6,1	6,7	6,7	13,7	14,8	19,1	18,2
Malta	59,0	67,6	71,7	69,7	64,2	62,3	62,3	68,0	69,4	72,0
Niederlande	50,5	52,0	52,4	51,8	47,4	45,3	58,5	60,8	62,9	65,2
<b>Österreich</b>	<b>66,2</b>	<b>65,3</b>	<b>64,7</b>	<b>64,2</b>	<b>62,3</b>	<b>60,2</b>	<b>63,8</b>	<b>69,5</b>	<b>71,9</b>	<b>72,2</b>
Portugal	53,7	55,7	57,5	62,5	63,7	68,3	71,6	83,1	93,3	107,8
Slowakei	43,4	42,4	41,5	34,2	30,5	29,6	27,9	35,6	41,1	43,3
Slowenien	27,8	27,2	27,4	26,7	26,4	23,1	21,9	35,3	38,8	47,6
Spanien	52,6	48,8	46,3	43,1	39,6	36,2	40,2	53,9	61,2	68,5
Zypern	65,2	69,7	70,9	69,4	64,7	58,8	48,9	58,5	61,5	71,6
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>68,0</b>	<b>69,1</b>	<b>69,5</b>	<b>70,2</b>	<b>68,5</b>	<b>66,3</b>	<b>70,1</b>	<b>79,9</b>	<b>85,6</b>	<b>88,0</b>
Bulgarien	52,4	44,4	37,0	27,5	21,6	17,2	13,7	14,6	16,3	16,3
Dänemark	49,5	47,2	45,1	37,8	32,1	27,5	33,4	40,6	42,9	46,5
Großbritannien	37,5	39,0	40,9	42,5	43,4	44,4	54,8	69,6	79,6	85,7
Lettland	13,7	14,6	15,0	12,4	10,7	9,0	19,8	36,7	44,7	42,6
Litauen	22,2	21,0	19,3	18,3	18,0	16,8	15,5	29,4	38,0	38,5
Polen	42,2	47,1	45,7	47,1	47,7	45,0	47,1	50,9	54,8	56,3
Rumänien	24,9	21,5	18,7	15,8	12,4	12,8	13,4	23,6	30,5	33,3
Schweden	52,5	51,7	50,3	50,4	45,3	40,2	38,8	42,6	39,4	38,4
Tschechische Rep.	27,1	28,6	28,9	28,4	28,3	27,9	28,7	34,4	38,1	41,2
Ungarn	55,9	58,6	59,5	61,7	65,9	67,1	73,0	79,8	81,4	80,6
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>60,4</b>	<b>61,9</b>	<b>62,3</b>	<b>62,8</b>	<b>61,5</b>	<b>59,0</b>	<b>62,5</b>	<b>74,8</b>	<b>80,2</b>	<b>83,0</b>
USA <sup>2)</sup>	57,1	60,4	68,3	67,9	66,6	67,2	76,1	89,9	98,5	102,9
Japan <sup>3)</sup>	164,0	169,6	180,7	186,4	186,0	183,0	191,8	210,2	215,3	229,8
Schweiz	54,4	54,9	54,5	52,5	47,0	43,4	40,8	39,0	37,9	36,5

1) Datendifferenzen gegenüber nationalen Quellen infolge von unterschiedlichen Veröffentlichungsterminen möglich.

2) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

3) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).

## A 11 STAATSVerschuldung IM INTERNATIONALEN VErGLEICH

(Fortsetzung)

### Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)<sup>1)</sup>

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	26.900	26.200	26.300	26.600	26.600	26.500	28.900	30.200	31.200	32.900
Deutschland	15.700	16.800	17.600	18.500	19.100	19.200	20.100	21.600	25.200	25.500
Estland	300	400	400	400	400	400	600	700	700	700
Finnland	11.500	12.400	12.900	12.500	12.500	12.000	11.900	14.000	16.200	17.300
Frankreich	14.800	16.200	17.200	18.200	18.100	19.000	20.500	23.100	24.600	26.300
Griechenland	14.500	15.200	16.600	17.600	20.100	21.400	23.400	26.600	29.100	31.400
Irland	10.700	10.800	10.900	10.700	10.300	10.800	18.000	23.500	32.200	37.700
Italien	23.900	24.200	24.900	25.800	26.900	27.000	27.800	29.300	30.500	31.200
Luxemburg	3.400	3.500	3.800	4.000	4.800	5.200	11.000	11.100	15.100	15.000
Malta	6.500	7.600	8.100	8.300	8.000	8.300	8.800	9.500	10.200	11.000
Niederlande	14.600	15.300	15.800	16.300	15.700	15.800	21.100	21.000	22.300	23.500
<b>Österreich</b>	<b>18.100</b>	<b>18.100</b>	<b>18.600</b>	<b>19.100</b>	<b>19.500</b>	<b>19.900</b>	<b>21.600</b>	<b>22.800</b>	<b>24.500</b>	<b>25.800</b>
Portugal	7.300	7.700	8.200	9.100	9.700	10.900	11.600	13.200	15.100	17.300
Slowakei	8.000	8.600	9.400	8.400	8.400	9.100	9.200	10.900	13.200	14.600
Slowenien	3.200	3.400	3.700	3.800	4.100	4.000	4.000	6.100	6.700	8.300
Spanien	9.300	9.100	9.100	9.000	8.800	8.500	9.600	12.300	14.000	15.900
Zypern	10.000	11.200	12.000	12.300	12.100	11.900	10.600	12.300	13.200	15.700
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>15.700</b>	<b>16.300</b>	<b>17.000</b>	<b>17.700</b>	<b>18.000</b>	<b>18.300</b>	<b>19.700</b>	<b>21.600</b>	<b>23.700</b>	<b>24.900</b>
Bulgarien	1.100	1.000	1.000	800	700	700	600	700	800	800
Dänemark	17.000	16.500	16.500	14.500	12.900	11.500	14.300	16.500	18.300	20.100
Großbritannien	8.100	8.900	9.800	10.600	11.400	12.300	15.300	18.800	22.400	24.700
Lettland	500	600	700	700	700	800	2.000	3.000	3.600	3.900
Litauen	1.000	1.000	1.000	1.100	1.300	1.400	1.500	2.300	3.200	3.700
Polen	2.000	2.300	2.500	2.700	3.000	3.100	3.500	4.000	4.600	5.000
Rumänien	400	500	500	500	500	600	700	1.300	1.700	2.100
Schweden	16.100	16.500	16.700	17.300	16.500	15.400	15.100	16.000	15.700	15.900
Tschechische Rep.	2.600	2.900	3.200	3.400	3.600	3.800	4.100	4.800	5.300	5.800
Ungarn	3.000	3.400	3.900	4.300	4.900	5.300	6.100	6.500	6.900	7.200
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>12.400</b>	<b>12.800</b>	<b>13.500</b>	<b>14.100</b>	<b>14.600</b>	<b>14.700</b>	<b>15.600</b>	<b>17.500</b>	<b>19.600</b>	<b>20.900</b>
USA	16.300	17.900	21.300	22.400	23.100	24.100	27.600	31.500	35.700	38.500
Japan <sup>2)</sup>	64.100	66.200	71.100	73.400	73.600	73.300	75.100	77.500	80.800	84.000
Schweiz	26.700	27.000	27.400	26.900	25.400	24.600	23.900	22.200	21.900	21.400

1) Die Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden für alle Jahre zu Devisenmittelkursen des Jahresresultimos 2011 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).

## A 11 STAATVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(Fortsetzung)

### Öffentliche Neuverschuldung (Bruttoaufnahmen abzüglich Tilgungen) (in % des BIP)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	0,4	-2,2	0,8	1,7	0,4	0,5	7,8	5,0	4,0	5,8
Deutschland	2,4	4,1	3,2	3,2	2,1	0,3	2,7	5,0	11,7	1,2
Estland	1,5	0,5	0,0	0,2	0,6	0,0	0,9	1,8	-0,2	0,1
Finnland	0,3	3,6	1,8	-1,2	0,0	-1,4	-0,1	6,9	6,7	3,2
Frankreich	3,8	5,8	4,4	4,0	0,3	3,3	5,5	9,3	5,3	6,1
Griechenland	4,7	5,2	8,2	6,4	13,8	6,8	10,3	15,7	13,1	12,1
Irland	0,3	1,0	0,6	0,1	-0,2	1,6	18,0	15,6	25,4	16,0
Italien	0,8	1,9	3,7	4,8	4,7	1,2	4,0	6,4	5,1	3,5
Luxemburg	0,4	0,2	0,6	0,3	1,3	0,6	7,3	0,4	5,3	0,3
Malta	1,4	10,7	4,6	2,3	-2,2	2,6	4,1	5,5	4,9	5,5
Niederlande	1,7	2,7	2,0	1,6	-1,9	0,5	14,9	-0,1	3,9	3,8
<b>Österreich</b>	<b>1,3</b>	<b>0,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>	<b>5,5</b>	<b>3,9</b>	<b>5,1</b>	<b>3,9</b>
Portugal	4,8	3,1	3,9	6,9	3,7	7,8	4,4	10,0	12,3	13,5
Slowakei	-1,5	3,0	3,4	-3,8	-0,1	2,3	0,6	5,9	7,1	4,2
Slowenien	4,0	1,7	2,1	0,9	1,7	-0,6	0,5	12,1	3,6	9,0
Spanien	0,7	-0,2	0,8	0,3	-0,2	-0,8	5,1	12,2	7,4	8,6
Zypern	6,0	8,7	6,2	3,1	0,2	-0,1	-5,4	8,7	4,6	11,7
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>2,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>1,8</b>	<b>1,3</b>	<b>5,3</b>	<b>7,2</b>	<b>7,8</b>	<b>4,7</b>
Bulgarien	-7,9	-4,2	-2,9	-4,9	-2,5	-1,4	-1,3	0,8	2,1	1,1
Dänemark	1,2	-1,3	0,0	-5,1	-3,7	-3,3	6,7	5,5	4,3	4,4
Großbritannien	1,6	3,7	3,9	3,3	3,3	3,4	11,2	13,3	13,3	8,5
Lettland	0,9	2,4	2,4	0,1	0,6	1,0	11,5	12,4	7,0	2,4
Litauen	0,8	0,7	0,2	1,5	2,0	1,8	0,6	10,5	9,6	4,4
Polen	5,9	6,6	2,8	4,1	4,1	2,0	5,6	6,2	6,5	5,4
Rumänien	4,9	2,3	1,6	-0,3	-0,9	2,6	3,1	9,9	7,8	5,8
Schweden	-0,1	1,3	0,9	2,0	-2,1	-2,4	-0,4	2,5	-0,3	0,8
Tschechische Rep.	4,3	2,7	2,7	1,2	1,9	2,1	2,1	4,8	4,0	3,4
Ungarn	9,5	7,5	6,4	5,8	8,5	4,6	9,9	4,2	5,0	3,2
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>1,6</b>	<b>2,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,1</b>	<b>2,1</b>	<b>0,9</b>	<b>3,8</b>	<b>8,4</b>	<b>8,6</b>	<b>5,2</b>
USA <sup>1)</sup>	4,2	5,9	11,5	3,8	2,6	3,6	10,2	11,8	12,3	8,1
Japan <sup>2)</sup>	8,4	5,5	12,7	5,8	0,6	-0,7	4,5	6,2	9,7	8,3
Schweiz	3,9	0,9	1,2	-0,5	-2,6	-0,9	-0,6	-2,5	-0,1	-0,4

1) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).



## A 12 GLOSSAR\*)

### Finanzschuld

#### Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

#### Bayes'sches Netz

Bayes'sche Netze kommen im Stress-Testing des Debt-Managements des Bundes zum Einsatz. Mit Hilfe eines Bayes'schen Netzes werden definierte Stress-Ereignisse miteinander verbunden und damit ein graphisches Modell konstruiert, das beschreibt, welche dieser Ereignisse sich im Krisenfall auf welche anderen auswirken können. Dadurch wird es ermöglicht, durch die Schätzung von relativ wenigen Eintrittswahrscheinlichkeiten für einzelne Stress-Ereignisse (und deren Wirkung auf andere Stress-Ereignisse) auf die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Vielzahl an Stress-Szenarien zu schließen.

#### Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlichen Bundesschuld kategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

#### Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwahrungsbetrage, aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahres und des Vorjahres. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schudtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zustande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahrs und dem Tilgungskurs.

#### Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schudtiteln einschließlic Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

#### Cashflow-at-Risk:

Das Cashflow-at-Risk ist eine statistische Risikokennzahl, die angibt, wie stark die Zinskosten der Verschuldung aufgrund der Volatilität von Zins- und Währungsmärkten in einem bestimmten Zeitraum mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit maximal ansteigen können. Dieser Risikoabschätzung liegen meist Annahmen bezuglic der zukünftigen Defizite und der Struktur der zukünftigen Mittelaufnahme zugrunde. Für die Schwankungsintensität der Preise (Zinssätze und Wechselkurse) wird auf historische Volatilitäten zurückgegriffen.

#### Duration (Macaulay, Modified, Effective):

Die Macaulay Duration bezeichnet die barwertgewichtete, durchschnittliche Zeitdauer der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsstrome berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Macaulay Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portfolios auf Zinssatzveranderungen geschätzt werden kann. Da die Modified Duration bei Transaktionen mit eingebetteten Kündigungsoptionen keine exakten Ergebnisse liefert, wird im Berichtswesen der OBFA über die direkte Berechnung der Sensitivitäten des Portfolios auf die Effective Duration rückgeschlossen.

#### Euroschuld:

Auf Euro lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

#### Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzuglic der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

---

\*) Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

### **Finanzschuld:**

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 i. d. g. F. zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld im engeren Sinn einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

### **Finanzschuld im engeren Sinn:**

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 i. d. g. F.

### **Fremdwährungsschuld:**

Finanzschulden des Bundes in fremden Währungen gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 auf Nicht-Euro lautende Finanzschulden. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

### **Konversion:**

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

### **Nettodefizit:**

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

### **Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):**

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

### **Nicht titrierte Finanzschuld:**

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

### **Pensionsgeschäfte:**

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurück zu übertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

### **Primärsaldo:**

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

### **Rechtsträgerfinanzierungen:**

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG i.d.g.F.). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz. Bei den öffentlichen Schulden im Sinne von Maastricht sind allerdings Rechtsträgerfinanzierungen des Bundes hinzuzuzählen (Eurostat-Feststellung vom Jänner 2003).

### **Restlaufzeit:**

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaftenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

### **Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:**

- Anleihen: Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- Kredite und Darlehen: Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.

- Schuldverschreibungen: Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird, sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.

### **Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:**

- Anleihen: Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- Bankendarlehen: Direktkredite und Darlehen von Banken.
- Bundesobligationen: Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i. Allg. Privatplatzierungen) sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.
- Bundesschatzscheine: Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die zum Teil Konversionsvereinbarungen bestehen.
- Sonstige Kredite: Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- Versicherungsdarlehen: Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

### **Titrierte Finanzschuld:**

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

### **Value-at-Risk:**

Während beim Cashflow-at-Risk eine Flussgröße analysiert wird, zielt das Value-at-Risk auf die Risikoabschätzung einer Bestandsgröße ab. Value-at-Risk zeigt das Verlustpotenzial für das Portfolio (mögliche Marktwert erhöhungen der Verschuldung). Dabei wird – mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit und über einen bestimmten Zeithorizont – abgeschätzt, wie stark sich der Wert eines Portfolios maximal ändern kann.

### **Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):**

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die aufgrund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

### **Zinsfixierungszeitraum:**

Der Zinsfixierungszeitraum ist als die Cashflow-gewichtete Restlaufzeit aller fixierter Cashflows definiert, wobei bei variablen Positionen der volle Nominalbetrag am nächsten, bereits fixierten Kupon-Zahltag berücksichtigt wird. Bei Kündigungsrechten wird vom Nutzen dieser Rechte ausgegangen.

## **Internationale Finanzhilfemechanismen**

### **European Financial Stability Facility (EFSF):**

Gesellschaft, die bei Bedarf zur Kreditvergabe an Länder des Euroraums Anleihen emittieren kann, für die die Euro-raum-Länder anteilmäßig haften.

### **European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM):**

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus bis Juni 2013. Verordnung, durch die die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mittel in Höhe von bis zu 60 Mrd EUR aufnehmen und diese als Kredite an EU-Mitgliedstaaten vergeben kann.

### **European Stabilisation Mechanism (ESM):**

Permanenter Rettungsschirm ab Juli 2013, der über eine internationale Organisation nach dem Völkerrecht unter strengen Vorgaben Finanzhilfen an Euroländer mit Zahlungsschwierigkeiten gewährt und ab diesem Zeitpunkt EFSM und ESM ablöst.

## **Rentenmarkt**

### **Einmalemission:**

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

### **Mengentender:**

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

### **Kurstender:**

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale Nominalverzinsung und Laufzeit der Emission festgelegt werden und die Zuteilung aufgrund der Kursangebote der Auktionsteilnehmer bestimmt wird. Der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung erfolgt nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren (vorrangige angewandte Emissionstechnik des Bundes).

### **Zins- bzw. Renditentender:**

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung aufgrund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt – wie auch das EZB-Tenderverfahren – nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

## **Verzinsung**

### **EONIA:**

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

### **EURIBOR:**

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken für Euro-Währungen).

### **Geldmarktorientierte Verzinsung:**

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z. B. Drei-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

### **LIBOR:**

London Interbank Offered Rate (täglich festgelegter Referenzzinssatz im Interbankengeschäft im Regelfall für Nicht-Euro-Währungen).

### **Nominalverzinsung:**

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

### **OIS:**

Overnight-Index-Swap (Zinsderivat, bei dem ein Festzins gegen einen (variablen) Overnight-Referenzzins getauscht wird).

### **Primärmarktorientierte Verzinsung:**

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

### **Sekundärmarktorientierte Verzinsung:**

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

## Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i. a. der Sekundärmarkttrendite).

## Euroraum-Aggregate

- Euro-11 = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (seit 1.1.1999)
- Euro-12 = Euro-11-Länder inklusive Griechenland (seit 1.1.2001)
- Euro-13 = Euro-12-Länder inklusive Slowenien (seit 1.1.2007)
- Euro-15 = Euro-13-Länder inklusive Malta und Zypern (seit 1.1.2008)
- Euro-16 = Euro-15-Länder inklusive Slowakei (seit 1.1.2009)
- Euro-17 = Euro-16-Länder inklusive Estland (seit 1.1.2011)

## Währungsbezeichnungen

ATS	=	Österreichische Schilling	ISK	=	Isländische Kronen
AUD	=	Australische Dollar	ITL	=	Italienische Lire
BEF	=	Belgische Francs	JPY	=	Japanische Yen
BRL	=	Brasilianische Real	LUF	=	Luxemburgische Francs
CAD	=	Kanadische Dollar	MXN	=	Mexikanische Pesos
CHF	=	Schweizer Franken	NLG	=	Holländische Gulden
CZK	=	Tschechische Kronen	NOK	=	Norwegische Kronen
DEM	=	Deutsche Mark	NZD	=	Neuseeland Dollar
ESP	=	Spanische Peseten	PLN	=	Polnische Zloty
EUR	=	Euro	RON	=	Neuer Rumänischer Leu
FRF	=	Französische Francs	SKK	=	Slowakische Kronen
GBP	=	Pfund Sterling	TRY	=	Neue Türkische Lira
GRD	=	Griechische Drachmen	USD	=	US-Dollar
HUF	=	Ungarische Forint	XEU	=	European Currency Unit
			ZAR	=	Südafrikanische Rand

## Zeichenerklärung

- : Zahlenwert ist null bzw. Eintragung ist definitiv unmöglich.
- . : Zahlenwert nicht ermittelbar.
- 0 oder 0,0 : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

# 10. SONDERTHEMA

Das folgende Kapitel präsentiert die Hauptergebnisse der von Eva Hauth und Bernhard Grossmann (Mitarbeiter des Büros des Staatsschuldenausschusses) im Auftrag des Staatsschuldenausschusses erstellten Studie **„Ausgliederungen im Bereich der österreichischen Gemeinden: Umfang, Leistungsspektrum und Risikopotenziale“**. Die Studie beschäftigte sich mit empirischen Fragestellungen zu Umfang und Struktur kommunaler Ausgliederungen in Österreich und zum Risikopotenzial solcher Ausgliederungen im Hinblick auf budgetäre Effekte („graue Finanzschulden“) sowie Eingriffs- und Kontrollrechte der Gemeinden und der Gemeindeaufsicht. Auf Basis einer Ende des Jahres 2011 durchgeführten **Erhebung** werden **erstmalig** Ergebnisse über das **außerbudgetäre Investitionsvolumen** und den **außerbudgetären Schuldenstand** von **kommunalen Unternehmen** für das Jahr 2010 bereitgestellt. Die gegenständlichen Ergebnisse bestätigen, dass die oft verwendete Kenngröße zur Ermittlung des Infrastrukturkapitalstocks eines Landes, nämlich die **„Bruttoanlageinvestitionen des Staates“** aus dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, im Fall von Österreich gänzlich zu kurz greift (siehe dazu auch Sonderthema 2010 „Infrastrukturinvestitionen, ökonomische Bedeutung, Investitionsvolumen und Rolle des öffentlichen Sektors in Österreich“). Die im Auftrag des Staatsschuldenausschusses erstellten Studien in Langfassung sind auf der Webseite des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/pub/publikationen.jsp>) abrufbar.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen müssen nicht im Einklang mit den Einschätzungen des Staatsschuldenausschusses stehen.

## AUSGLIEDERUNGEN IM BEREICH DER ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN: UMFANG, LEISTUNGSSPEKTRUM UND RISIKOPOTENZIALE

### 10.1 Gegenstand der Studie

In den letzten Jahren nahmen **Ausgliederungen** von **investiven Gemeindeaufgaben** in **Infrastruktur- und Immobiliengesellschaften** vor dem Hintergrund budgetärer Restriktionen zu. Derartige Gemeindegesellschaften dürften – neben im Budget ausgewiesenen Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit – die Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur großteils übernommen haben. Daten über diesen außerbudgetären Bereich waren bislang kaum verfügbar, obwohl ein enger Konnex zur Gemeinde als Eigentümer und als Financier meist bestehen bleibt. Durch Ausgliederung von öffentlichen Leistungen in privatrechtliche Organisationsformen können implizite Verbindlichkeiten für die Gemeinde durch (außerbudgetäre) Verschuldung der ausgegliederten Einheiten entstehen. Meist haftet die Gemeinde für das Fremdkapital der außerbudgetären Gesellschaft, um analoge Finanzierungsbedingungen zu erzielen. Ferner erhöhen Ausgliederungen tendenziell die operativen Risiken bei der Leistungserbringung (z. B. durch komplexe Verträge sowie durch Beschränkung der Durchgriffsrechte der Gemeinde und Gemeindeaufsicht). Andererseits kann angenommen werden, dass privatrechtliche Organisationsformen flexibler auf Marktentwicklungen reagieren und Wettbewerb die Effizienz der Leistungserstellung erhöht.

Der **zentrale Teil** der gegenständlichen Studie zum Thema **„Ausgliederungen im Gemeindebereich“** basiert auf einer **Erhebung des Staatsschuldenausschusses** (auf freiwilliger Basis), bei der folgende Themenbereiche abgedeckt wurden:

- **Bedeutung** kommunaler Ausgliederungen in Österreich mit dominierendem Gemeindeeinfluss (u. a. Anzahl, Organisationsformen),

- **Leistungsspektrum** ausgegliederter Einheiten im Gemeindebereich (u. a. Tätigkeitsfelder und Investitionsvolumen) sowie
- **Risikopotenzial** von Ausgliederungen für die Gemeinden (u. a. durch außerbudgetäre Verschuldung, inadäquates Beteiligungsmanagement).

Als Ausgliederungen im Sinn der gegenständlichen Studie (bzw. des Fragebogens) wurden selbstständige Einheiten verstanden, die kommunale Aufgaben erfüllen und von der Gemeinde (im Sinn des ESVG 95) kontrolliert werden. **Gemeindeverbände und Verwaltungsgemeinschaften** zählten bei der Fragebogenerhebung nicht zu den ausgegliederten Einheiten. Umfassende **Daten** zu den Gemeindeverbänden und Verwaltungsgemeinschaften **stehen** aber – ebenso wie über ausgegliederte Gemeindegesellschaften – derzeit **nicht im Rahmen der amtlichen Statistik** zur Verfügung.

Die vorliegende Studie enthält ferner drei ergänzende Themen: Dabei handelt es sich um

- **bisherige Erkenntnisse** zum Thema Ausgliederungen im Gemeindebereich,
- **aufsichtsrechtliche Fragestellungen** der auf Landesebene angesiedelten **Gemeindeaufsicht** und
- Gründe für die Wahl von spezifischen **Rechtsformen bei Ausgliederungen**.

Im Folgenden werden die Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen auf Basis der Studienergebnisse präsentiert und weiterführende Forschungsfelder zum Thema der Gemeindeausgliederungen skizziert.

## 10.2 Volumen der außerbudgetären Verschuldung und Investitionen verhältnismäßig hoch

- Die bislang vorliegenden Informationen über **außerbudgetäre Gemeindegesellschaften** sprechen dafür, dass die gegenständlichen Studienergebnisse **erstmalig** adäquate **Anhaltspunkte für Größenordnungen** zum **außerbudgetären Verschuldungsvolumen** und zu den **außerbudgetären Investitionen** der **Gemeindegesellschaften** mit dominierendem Gemeindeeinfluss im **Aggregat** liefern.
- Bei den ausgegliederten Einheiten mit dominierendem Gemeindeeinfluss handelt es sich vorrangig um **Infrastruktureinheiten**, die öffentliche Güter bereitstellen. Das in der vorliegenden Studie geschätzte **außerbudgetäre Investitionsvolumen** der Gemeindegesellschaften (ohne Wien) für das Jahr 2010 in der Größenordnung von 1,2 bis 1,6 Mrd EUR war erheblich und entsprach in etwa dem öffentlichen Investitionsvolumen der Gemeindeebene (mit Wien) gemäß ESVG 95 von 1,3 Mrd EUR.
- Der **außerbudgetäre Schuldenstand** im **Gemeindebereich** dürfte ebenfalls eine beachtliche Größenordnung erreicht haben: So betrug der Schuldenstand der Gemeinden (ohne Wien) nach Maastricht Ende 2010 4,6 Mrd EUR. Der im Maastricht-Ergebnis nicht einzurechnende Schuldenstand der marktbestimmten Betriebe der Gemeinden (verbucht in den Abschnitten 85 bis 89 der Gemeindebudgets, ohne Wien) betrug Ende 2010 bereits rund 7,9 Mrd EUR. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie ergaben zusätzlich für 2010 einen außerbudgetären Schuldenstand der Gemeindegesellschaften (ohne Wien) in der Größenordnung von 7 bis 10 Mrd EUR. Eine **Größenordnung für die potenzielle Reklassifikation** dieser außerbudgetären Schulden in den Sektor Staat gemäß ESVG 95 bzw. ESVG 2010 **kann jedoch nicht angegeben werden**. Ferner müsste zusätzlich der Schuldenstand der „**marktmäßigen**“ **Gemeindeverbände**, der seit 2009 nicht mehr von Statistik Austria ausgewiesen wird, angeführt werden (Volumen 2008: 2,1 Mrd EUR).

- Angesichts der **kleinteiligen Gemeindestruktur** in Österreich zählten zwar **mehr als die Hälfte der Gemeinden mit Ausgliederungen** zu den **Größenklassen von 500 bis 2.000 Einwohnern**. Die Höhe der **Verschuldung** und der **Investitionen** wurde 2010 aber von den großen Gemeinden und Städten **mit über 50.000 Einwohnern** geprägt, die bei der hochgerechneten Verschuldung einen Anteil von über 60% und bei den Investitionen von beinahe 50% aufwiesen. In **regionaler Gliederung** fiel insbesondere Niederösterreich mit einem Anteil von mehr als 30% an der hochgerechneten außerbudgetären Gesamtverschuldung auf. Dieses Ergebnis könnte aber auch nach oben verzerrt sein. Nach der Rechtsform dominierten Personengesellschaften (z. B. KG; GmbH & CoKG; Verein & CoKG).
- **Außerbudgetäre Gesellschaften** mit dominierendem Einfluss der Gemeinden **beeinflussen** angesichts ihrer Bedeutung (**Leistungsspektrum**, Höhe der **außerbudgetären Verschuldung** und **Investitionsvolumen**) die **finanzielle Lage der Gemeindeebene** und die **Infrastruktur** in den Gemeinden beträchtlich.
- Auswertungen zu den **finanziellen Strömen** zwischen den Gemeinden und ihren Gesellschaften waren in der Studie mangels Datenqualität nicht möglich.

### 10.3 Ausgliederungen können zur Effizienzsteigerung und Budgetkonsolidierung beitragen

- Mit der Ausgliederung konnten aus **Sicht der Gemeinden** insbesondere **steuerliche Vorteile** genutzt, **betriebswirtschaftliche Grundsätze** gestärkt, **Planungssicherheit** bzw. die Verstetigung der Finanzierungsmittel gewährleistet und die **Entlastung des Gemeindebudgets** im Sinn von **Maastricht** erreicht werden. Der Budgetentlastungseffekt durch Nutzung des Vorsteuerabzugs (für die Einzelgemeinde) wurde in der Studie durch eine Beispielsrechnung aufgezeigt. Eine umfassende Evaluierung der betriebswirtschaftlichen Vorteile von Ausgliederungen erfolgte in der Studie aber nicht.
- Um den **Vorsteuerabzug** über eine **privatrechtliche Einheit** in Anspruch nehmen zu können, müssen **neue Steuerpflichten** (z. B. Körperschaftsteuer bei Kapitalgesellschaften) sowie ein administrativer und finanzieller **Aufwand für die Gründung und den Betrieb** der Gesellschaft in Kauf genommen werden. Ferner geht ein Teil des Steuervorteils der ausgegliederten Rechtsträger durch die in den ersten 10 Jahren anfallende Umsatzsteuer bei der Vermietung von Immobilien an die Gemeinden wieder verloren.
- Aus theoretischer Sicht führen Ausgliederungen zu **Effizienzgewinnen** und unterstützen die **Haushaltskonsolidierung**, sofern sie in einem **kompetitiven Umfeld** agieren. Bei „Quasi-Ausgliederungen“ (mit weitreichenden Einflussmöglichkeiten der Gemeinde) ohne Wettbewerb sollten Vor- und Nachteile der Ausgliederung hinterfragt und eine Rückführung der Aufgaben in interne Dienststellen der Gemeinde („**Re-Kommunalisierung**“) in Betracht gezogen werden.
- Ausgliederungen können als Instrument zur Verbesserung und Umsetzung von **kommunaler und interkommunaler Zusammenarbeit** dienen. Durch die Bündelung kommunaler Aufgaben mehrerer Gemeinden in eine gemeinsame ausgegliederte Einheit oder durch die Einbringung von Gesellschaften in eine Holding sollten **Synergieeffekte** erzielt und **professionelles Handeln** sowie **Know-how** gestärkt werden können. Die Kommunen spielen bei zahlreichen Versorgungsleistungen eine herausragende Rolle. Viele Gemeinden stehen vor der Notwendigkeit, ihre Haushalte strukturell und damit langfristig zu konsolidieren. Interkommunale Zusammenarbeit und sogenannte „**Shared Service Center**“ sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.
- In der Vergangenheit trug die **Gemeindeebene** (inklusive Wien) – u. a. auch durch Ausgliederungen – positiv zum **Finanzierungssaldo** des Staates im Sinn von Maastricht bei. In den Krisenjahren 2009 und 2010 konnte das Defizit verhältnismäßig gering gehalten werden und war wesentlich durch Wien bestimmt. Die Gemeinden (ohne Wien) **erfüllten** die Vorgaben der **Österreichischen Stabilitätspakete** in der Zeit von 2001 bis 2008. In einigen Ländern konnten so-



gar Überschüsse der Gemeinden an die Länder übertragen werden.

### 10.4 Eingriffs- und Kontrollrechte der Gemeinde bleiben bei vielen Ausgliederungen erhalten

- Die **Eingriffs- und Kontrollrechte** der Gemeinde und der Gemeindeaufsicht stehen bei ausgegliederten Gesellschaften im **Spannungsfeld mit dem Gesellschaftsrecht**. Um Eingriffsmöglichkeiten für die Gemeinde und Gemeindeaufsicht zu wahren, sind entsprechende Vorkehrungen bei der **Rechtsformwahl** sowie bei der Gestaltung des **Gesellschaftsgründungsvertrags** erforderlich. So agiert z. B. der Vorstand einer AG weisungsfrei und die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten obliegen laut Aktiengesetz ausschließlich dem Aufsichtsrat, während bei einer GmbH die Möglichkeit der Gesellschafterweisung besteht.
- Die Gemeinden waren laut Erhebung bei Ausgliederungen – neben dem Kostenmotiv – darauf bedacht, die **Einflussmöglichkeiten** der Gemeinde zu **bewahren**. Dies gelang in der Regel durch die entsprechende Wahl der Rechtsform (insbesondere KG- und GmbH-Modelle) und durch die Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge. So blieben **demokratisch legitimierte Verhältnisse** auch in Kontroll- und Prüfinstanzen (Ausschüsse, Beiräte) erhalten. Durch Ausgliederungen wird die **Erstellung eines aussagekräftigen Datensets** über die Gemeinden allerdings **erschwert**.
- Inwieweit **gemeinwirtschaftliche Zielvorgaben** und **politökonomische Anliegen** von Gemeindevetretern ins Management der ausgegliederten Unternehmen einfließen, wurde im Fragebogen nicht erhoben. Allerdings signalisiert die spärliche Bejahung der beiden Zielvorgaben „Stärkung der Autonomie“ und „Vermeidung von Leistungseinschränkungen“, dass Gemeindegesellschaften zwar ein **selbstständiges, rechtliches Konstrukt** darstellen, **zum Teil** materiell aber weitgehend als staatliche Einheit (Gemeinde) fungieren.
- Das **strategische Beteiligungsmanagement** der Gemeinden (v. a. der kleineren) erscheint verbesserungsfähig. Zwar bestehen im Regelfall **Berichts- und Dokumentationspflichten** gegenüber der Gemeinde und **Prüfrechte** der Gemeinden (einschließlich Gemeinderat) gegenüber den Gesellschaften. Zudem werden durchwegs **Entscheidungsprozesse** im Rahmen des Beteiligungsmanagements in **standardisierter Form mit Rechtsverbindlichkeit** organisiert. Ein **strategisches Beteiligungsmanagement** mit **mittelfristigen Vereinbarungen** erfolgt aber deutlich seltener (eher in Städten) oder gar nicht.
- Die **Länder** versuchen zunehmend – in der Regel über die **Gemeindeaufsichtsbehörden** – durch **Beratungsleistungen** zur Verbesserung der Qualität der Gemeindegebarung und durch die Vergabe der **Bedarfszuweisungsmittel** zur Vermeidung und Überwindung von budgetären Not-situationen sowie zur Finanzierung von Investitionsvorhaben beizutragen. Ferner sind Bestrebungen erkennbar, durch Landesgesetze die **Befugnisse und Einflussmöglichkeiten der Gemeindeaufsicht** auch im ausgegliederten Bereich zu **wahren**.

### 10.5 Finanzielle und institutionelle Risiken von Ausgliederungen

- Die **finanzielle Lage** der Gemeinden unter Berücksichtigung der außerbudgetären Einheiten dürfte der **Gemeindeaufsicht der Länder** nicht zur Gänze bekannt sein. Eine Recherche bei den acht Gemeindeaufsichtsbehörden der Länder ergab, dass ausgegliederte Einheiten und deren Gebarung nur vereinzelt bzw. nur in Teilbereichen systematisch erfasst werden. Um die Aufgaben der **Gemeindeaufsichtsbehörden** besser erfüllen zu können, müssten die Länder danach trachten, dass in Zukunft eine **systematische Erfassung des außerbudgetären Bereichs der Gemeinden** erfolgt und die **Risiken** durch Gemeindeausgliederungen **verstärkt evaluiert** werden.
- **Budgetäre Risiken** für die Gemeinden durch die **außerbudgetäre Verschuldung** der Gesellschaften bestehen insbesondere dann, wenn der Schuldendienst **nicht durch Erlöse** der Gesell-

schaften oder mit der Gemeinde vereinbarte Leistungsentgelte oder Transfers **gedeckt** werden kann und/oder die Gemeinde für die Verbindlichkeiten der außerbudgetären Einheit **haftet**. Eine **Veräußerung der Vermögenswerte** zur Deckung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft ist bei **Infrastruktureinrichtungen** wie Amtsgebäuden, Schulen, Kindergärten, Bauhöfen etc. zwar im Bedarfsfall grundsätzlich möglich, wäre aber politisch sensibel und kann mangels Nachfrage (Sonderobjekte) schwierig sein. Zudem müsste die Gemeinde in weiterer Folge für Alternativen sorgen (z. B. Gebäude in Nachbarorten).

- In der vorliegenden Studie wurden ausschließlich die **Verlagerungen von Gemeindeausgaben und -aufgaben** durch **Outsourcing** analysiert. Spezielle oder andere Formen von „Ausgliederungen“, wie **Betreiberesellschaften, Public-Private-Partnership-Projekte** oder **Leasingvereinbarungen**, waren nicht Gegenstand der Studie. Diese stellen andere praktizierte Varianten bei der Bereitstellung von Infrastruktur auf Gemeindeebene dar. Aus Autorensicht können bei allen „Ausgliederungsformen“ **erhebliche Risiken** durch **komplexe Vertragskonstruktionen** entstehen, die an eine umfassende **Beratung der Gemeindeaufsichtsbehörden** und transparente **Bedingungen** mit **Genehmigungsvorbehalten** geknüpft werden sollten.
- **Neue rechtliche** (nationale und internationale) **Vorgaben** erschweren in Zukunft die Nutzung von Steuervorteilen und die Anerkennung von Ausgliederungen. Mit dem **1. Stabilitätsgesetz 2012 entfällt** erstens die Möglichkeit des **Vorsteuerabzugs**, sofern der Mieter bei der Rückmietung von Immobilien von ausgegliederten Rechtsträgern nicht selbst zum Abzug der Vorsteuer berechtigt ist. Dies trifft auf Körperschaften öffentlichen Rechts wie Gemeinden zu. Zweitens werden **die Kriterien** für die **Zuordnung von staatsnahen Einheiten** in den privaten Sektor gemäß ESVG 95 seitens Eurostat zunehmend präzisiert und verschärft. Das **neue ESVG 2010**, das voraussichtlich ab 2014 anzuwenden ist, dürfte diese Entwicklung noch verstärken. Aus den Studienergebnissen kann keine Größenordnung für die Reklassifikation außerbudgetärer Schulden in den Staatssektor abgeleitet werden.
- Generell findet die **Nutzung von Steuervorteilen** – unabhängig von Ausgliederungen – auf **allen gebietskörperschaftlichen Ebenen** Anwendung (z. B. Vorsteuerabzug, Befreiungen bei Körperschaft-, Grund-, Grunderwerb- oder Kommunalsteuer etc.) und wäre aus Sicht der Autoren zu hinterfragen. Dies insbesondere dann, wenn durch den **Steuerausfall** das Steueraufkommen Dritter verringert wird, und die Lukrierung des Steuervorteils mit dem Eingehen von zusätzlichen **operativen Risiken** (z. B. Rechtsrisiken) einhergeht.
- Der Prozess zur Verbesserung der fiskalpolitischen Steuerung in der EU („Economic Governance“) bedeutet **Handlungsbedarf** zur Erfüllung der Transparenz- und Steuerungsanforderungen in Österreich. Laut der EU-Haushaltsrichtlinie sind u. a. die **Eventualverbindlichkeiten** zu veröffentlichen. Im neuen **Österreichischen Stabilitätspakt 2012** wird den vorgesehenen Meldevorschriften (u. a. Schuldenstände von Gemeindeimmobiliengesellschaften, neu geschaffene Einheiten sowie Haftungsvolumina und sonstige Eventualverbindlichkeiten der Gemeinden) mit Ausnahme von „Informationen über Beteiligungen des Staates am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen“ (EU-RL 2011/85) Rechnung getragen. Allerdings müssten materielle und institutionelle Abgrenzungsfragen (z. B. einzubeziehende Haftungsarten gegenüber wem (direkte und/oder indirekte Haftungen) bzw. Definition des Begriffs außerbudgetäre Einheiten) noch geklärt werden.
- Durch Statistik Austria erfolgen verstärkte Initiativen zur umfangreichen Erfassung existierender Ausgliederungen der Gebietskörperschaften. Allerdings ist ein Termin zur Veröffentlichung diesbezüglicher Daten noch nicht festgelegt. Aus heutiger Sicht ist mit der Verfügbarkeit außerbudgetärer Daten nicht vor dem Jahr 2014 zu rechnen.

## 10.6 Weitere Forschungsfelder

Die gegenständliche Studie lieferte erstmals Anhaltspunkte zu Größenordnungen im Bereich der ausgegliederten Einheiten (ohne Wien) mit dominierendem Gemeindeeinfluss. Diese hochgerechnete

ten Fragebogenergebnisse für das Jahr 2010 lieferten Informationen zur dritten Säule staatlicher bzw. staatsnaher Aktivitäten, die zusätzlich zur Gemeindeebene im Sinn des ESVG 95 und den marktbestimmten Betrieben (Abschnitte 85 bis 89) zu beachten sind und das Gesamtbild über die Gemeindeebene beeinflussen. Auf diesen Ergebnissen aufbauend könnten folgende **weiterführende Forschungsfelder** bearbeitet werden. Hier zu nennen wären u. a.:

- Budgetlage der **Gemeindeverbände** und der **Verwaltungsgemeinschaften** sowie der **Ausgliederungen der Gemeinde Wien**,
- Evaluierung der ab dem Jahr 2011 verfügbaren Informationen im Bereich der **Gemeindehaftungen** und zur **Verschuldung der Immobiliengesellschaften gemäß ÖStP 2011**,
- **Systematische Zusammenführung aller staatlichen und staatsnahen Bereiche auf Gemeindeebene** einschließlich der Klärung von konzeptiven und materiellen Abgrenzungsfragen (z. B. hinsichtlich Brutto- und Nettoverschuldung oder im Bereich der Gemeindeverbände),
- **Interdependenzen** zwischen den **staatlichen** und **staatsnahen Bereichen** (z. B. Effekte auf die Haushalts- und Verschuldungssituation der Gemeinden durch Ausgliederungen).